

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: W. Kasper, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbreiner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Röllischen Platz 2.

Inserate für die viergespaltene Beitzelle oder deren Raum 60 Pf.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 80 Pf.
Versammlungsanzeigen 15 Pf.

Zum neunten Gewerkschaftskongress.

Ein reiches Maß von Arbeit harret der Vertreter der deutschen Gewerkschaften, die am 22. Juni in München zum neunten Gewerkschaftskongress zusammentreten. Neben der Entgegennahme des Rechenschaftsberichts der Generalkommission wird sich der Kongress zunächst mit inneren Angelegenheiten der deutschen Gewerkschaftsbewegung beschäftigen, er wird eine Neuformulierung der Gesetze vornehmen, nach welchen sich das Zusammenwirken der Gewerkschaften regelt. Die wichtigere und bedeutendere Aufgabe, welche der Gewerkschaftskongress zu erfüllen hat, ist aber die Kundgebung nach außen.

Bei seinen Bemühungen, die aufstrebende Arbeiterschaft niederzuhalten, findet der Unternehmer hilfsvolles Verständnis bei den Behörden. Nicht nur in den Bundesstaaten, in deren Parlamenten der Volkswille mehr oder weniger gefälscht zum Ausdruck kommt, zeigt sich Neigung, den auf die Unterdrückung der selbstständigen Regungen der Arbeiterschaft gerichteten Bestrebungen der Scharfmacher Rechnung zu tragen, auch der Reichstag bietet keine Gewähr für eine entschiedene Abwehr scharfmacherischer Wünsche. Aufgabe des Gewerkschaftskongresses wird es sein, gegenüber dem Loben der Reaktion die Stimme der Arbeiter wirkungsvoll zur Geltung zu bringen.

Die deutschen Arbeiter, deren berufene Vertretung der Gewerkschaftskongress ist, protestieren gegen alle Versuche, ihre Bewegungsfreiheit einzusengen. Sie erheben Einspruch gegen die Kleinlichen Polizeischikanen, mit denen man sie verfolgt. Nicht eine Verschärfung der einseitig gegen die Koalitionen der Arbeiter gerichteten Gesetze verlangt das deutsche Volk, sondern Befestigung der Gesetze und Verordnungen, welche der Betätigung der kulturfördernden Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft unwürdige Schranken ziehen. Gegenüber dem von maßgebender Stelle zum Ausdruck gebrachten Minderbedürfnis auf sozialpolitischem Gebiet erheben die Arbeiter den Ruf nach energischer Fortführung der Sozialgesetzgebung. Und diesem Verlangen soll der Kongress in eindringlicher Weise Ausdruck geben.

Bei dem von der Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände dem Gewerkschaftskongress unterbreiteten Regulativ für das Zusammenwirken der Gewerkschaften Deutschlands handelt es sich nicht um die Schaffung eines neuen Rechts. Das planmäßige Zusammenwirken der Gewerkschaften datiert bereits seit dem Jahre 1890, als mit dem Fall des Sozialistengesetzes die Bahn für eine kräftigere Entfaltung der Gewerkschaften frei wurde. Damals wurde als organisatorische Spitze der Gewerkschaftsbewegung die Generalkommission der Gewerkschaften ins Leben gerufen. Seither sind auf einer Reihe von Gewerkschaftskongressen die Regeln für die gemeinsame Betätigung auf den verschiedenen Gebieten festgelegt worden, auf welche sich das Zusammenwirken der Gewerkschaften erstreckt. Jetzt wird lediglich eine systematische Zusammenfassung der geltenden Bestimmungen beabsichtigt, die zugleich eine zeitgemäße Änderung erfahren sollen.

Wichtig sind in dem Regulativ insbesondere die Bestimmungen über die Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen. Es möge hierbei daran erinnert werden, daß die Unterstützung von Lohnkämpfen eine der Aufgaben war, welche der Generalkommission bei ihrer Gründung überwiesen wurden. Sie hat sich dieser Aufgabe damals mit solchem Eifer gewidmet, daß sie darüber in arge Schwierigkeiten geriet. Die jetzt geltenden Bestimmungen über die Streikunterstützung sind auf dem Gewerkschaftskongress zu Köln 1905 beschlossen worden und sie betonen einleitend entschieden den Grundsatz, daß die Beschaffung der Mittel zur Unterstützung der Streiks Aufgabe jeder einzelnen Gewerkschaft ist. In außerordentlichen Fällen aber ist die Generalkommission ermächtigt, zur Beschaffung von Geldern Sammlungen zu veranstalten. An dem erstgenannten Grundsatz wird auch in der neuen Vorlage festgehalten; für die von der Generalkommission vorzunehmenden Sammlungen sind jedoch, entsprechend den Umständen, welche der Gewerkschaftskongress zu Dresden 1911 der Konferenz der Vorstandsvorsteher überwiesen hat, Grundsätze für ein Umlageverfahren aufgestellt worden.

Dieses Umlageverfahren, bei welchem die einzelnen Verbände nach ihrer Mitgliederzahl zur Leistung von Unterstützungssummen herangezogen werden, ist in den letzten Jahren wiederholt praktisch erprobt worden. Die Ausführungsbestimmungen, wie sie jetzt vorgeschlagen werden, sind das Ergebnis langwieriger und gründlicher Beratungen der Konferenz der Vorstandsvorsteher. Die Wünsche unseres Verbandes sind hierbei zwar nicht völlig, aber doch soweit berücksichtigt worden, daß die Delegierten des Deutschen

Holzarbeiter-Verbandes vom Verbandstag ermächtigt sind, dafür zu stimmen. Die gründliche Vorberatung, welche das gesamte Regulativ durch die Vertreter der Zentralvorstände gefunden hat, berechtigt zu der Erwartung, daß auf dem Kongress erhebliche Meinungsverschiedenheiten nicht mehr zutage treten, und daß das Regulativ ohne wesentliche Änderung angenommen werden wird.

Noch weniger als über diese innere Angelegenheit der Gewerkschaften sind Meinungsverschiedenheiten bei der Beratung der übrigen Punkte der Tagesordnung zu erwarten. Der Gründung der „Volkspflege“ auf gewerkschaftsähnlicher Grundlage hat der letzte Gewerkschaftskongress zugestimmt. Trotz aller Hindernisse, welche diesem Unternehmen nicht nur von Konkurrenzgründungen, sondern auch von den Behörden in den Weg gelegt wurden, gedeiht und wächst die „Volkspflege“. Der Bericht über ihre Entwicklung wird sicherlich volle Befriedigung auslösen.

Dem Berichterstatter über die Handhabung des Vereinsgesetzes wird es an Material nicht fehlen. Hier wird die Politik der Rabelstiche gebührend geahndet werden, mit welcher man die Gewerkschaften, entgegen den Zusicherungen, welche bei der Beratung des Vereinsgesetzes im Reichstag von den Regierungsvertretern gegeben wurden, fortgesetzt verfolgt. Die Krönung dieser Methode, den Fortschritt der Gewerkschaften durch polizeiliche „Liebenswürdigkeiten“ aufzuhalten, bildet der Versuch, die Gewerkschaften als politische Vereine zu erklären und sie den Beschränkungen des Vereinsgesetzes zu unterwerfen. Gegen diesen Versuch wird der Gewerkschaftskongress energisch Einspruch erheben. Das Ergebnis dieser Polizeiattekte ist noch zweifelhaft; jedenfalls steht aber eins fest: Selbst wenn Herr v. Jagow bei den Gerichten Verständnis für seine Absichten finden sollte, dürfte ihm die Wirkung, welche sein Angriff auf die Entwicklung der Gewerkschaften ausüben wird, wenig Freude bereiten.

Bei den Verhandlungen über Arbeitswilligen schuß und Unternehmer-Terrorismus gilt es Stellung zu nehmen gegen das immer unverkümelter auftretende Verlangen nach neuen Ausnahmegesetzen gegen die Arbeiter. Wir verlangen völlige Sicherung des Koalitionsrechtes, welches in dem § 152 der Verberordnung nur eine unzureichende Stütze hat und die Befreiung des § 153, der ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterorganisationen ist. Der mangelnde gesetzliche Schutz des Koalitionsrechtes wird von dem Unternehmertum, dort, wo es die Macht dazu in Händen hat, in rücksichtsloser Weise zur Verfolgung der Gewerkschaften ausgenutzt. Gegen diesen Terrorismus aber kräftigt kein Hahn, und ebensowenig findet sich ein Ankläger, der gegen den Terrorismus einschreitet, mit welchem die wirtschaftlichen Organisationen der Unternehmer die Außenleiter zum Anschluß an die von jenen getroffenen Abmachungen zu zwingen suchen. Die Scharfmacher, die auf die Gesetze pfeifen, weil das Verhalten der Justiz- und Verwaltungsbehörden ihnen das Recht gibt, sich als über den Gesetzen stehend zu betrachten, sind die lautesten Schreier nach neuen Gesetzen zum Schutze der Arbeitswilligen und zur Unterdrückung der Gewerkschaften.

In der gleichen Richtung bewegen sich auch die Bestrebungen des Verbandes deutscher Arbeitssachweise. Die gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung wird als ein Werk sozialer Fürsorge angesehen. Dahinter verbirgt sich aber die Absicht, die Arbeiterorganisationen von der Mitwirkung bei der Arbeitsvermittlung auszuschalten. Die paritätischen Arbeitsnachweise, in welchen die Gleichberechtigung der Unternehmer- und der Arbeiterorganisation praktisch zum Ausdruck gelangt, sind gewissen Kreisen ein Dorn im Auge. Das gilt in noch höherem Grade von den Arbeitsnachweisen, die von den Gewerkschaften allein verwaltet werden und gut funktionieren. Diese Einrichtungen möchte man kalkstellen, wenn nicht ganz beseitigen. Dagegen läßt das, was über diese Pläne bisher an die Öffentlichkeit gelangt ist, darauf schließen, daß man die sogenannten Arbeitsnachweise der Unternehmer, die keine Arbeit vermitteln, sondern nur Maßregelungsbureaus sind, sorgfältig schützen will. Auf dem Gewerkschaftskongress werden diese Bestrebungen in das rechte Licht gerückt werden und die Arbeiter werden ihre Stellung dazu unzuweifelhaft präzisieren.

Das gleiche wird auch gegenüber dem viel erörterten Problem der gesetzlichen Regelung der Tarifverträge geschehen. Die Tarifverträge, die in den letzten Jahren für die Regelung der Arbeitsbedingungen eine immer größere Bedeutung erlangt haben, erheben noch des gesetzlichen Schutzes. Ob aber die Arbeiter unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein Interesse haben, die gesetzliche Regelung der Tarifverträge herbeizuwünschen, ist eine

Frage, die nicht ganz leicht zu beantworten ist und die sehr gründlich erörtert werden muß.

Betreffen die genannten Punkte der Tagesordnung Fragen, die den Arbeiter vornehmlich als Mitglied der Organisation interessieren, so berührt die Arbeitslosenfrage und ihre Regelung den einzelnen Arbeiter als Person. Die Gewerkschaften haben zur Unterstützung ihrer arbeitslosen Mitglieder bedeutende Opfer gebracht; die große Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren hat aber gezeigt, daß die Fürsorge der Gewerkschaften nicht ausreicht. Die öffentlichen Gewalten müssen eingreifen. Diese Pflicht ist aber bisher nur von wenigen Gemeinden anerkannt worden. Die Bundesstaaten und besonders das Reich verhalten sich den Wünschen der Arbeiter gegenüber, die auch von allen einsichtigen Sozialpolitikern im bürgerlichen Lager unterstützt werden, ablehnend. Auf dem Gewerkschaftskongress wird vor allem an das Reich die Forderung nach Schaffung einer Arbeitslosenversicherung erhoben werden. Dieses Verlangen ist um so berechtigter, als die Reichsgesetzgebung durch ihre Zoll- und Steuerpolitik bewirkt hat, daß das deutsche Volk für seine Lebensbedürfnisse die höchsten Preise bezahlen muß. Dieses Thema wird der Kongress noch besonders erörtern, wenn der Einfluß der Lebensmittelteuerung auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse zur Beratung steht.

Es ist eine umfangreiche, aber auch interessante Tagesordnung, die der Gewerkschaftskongress zu erledigen hat. Vertreter der Regierung werden am Gewerkschaftskongress kaum teilnehmen. Es ist bei uns des Landes so Brauch, daß auf den Tagungen der Scharfmacher, wo über Maßnahmen zur Unterdrückung der Bestrebungen der Arbeiter beraten wird, Regierungsvertreter rubelweise antreten, um sich zu informieren. Werden sie aber zu Arbeiterkongressen eingeladen, dann haben sie in der Regel keine Zeit. Mit um so größerem Interesse wird die organisierte Arbeiterschaft den Verhandlungen in München folgen. Was auf dem Gewerkschaftskongress gesagt wird, ist nicht in den Wind gesprochen. Die deutschen Arbeiter stehen zu den Beschlüssen, die ihre Vertreter fassen, und sie werden sie denen, die da glauben, das Parlament der Gewerkschaften ignorieren zu dürfen, gellend ins Ohr rufen.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist eine Macht, mit der unsere Gewalthaber wohl oder übel rechnen müssen. Die Hindernisse, welche ihr eine arbeiterfeindliche Gesetzgebung und der böse Wille eines scharfmacherischen Unternehmertums in den Weg gelegt haben, konnten ihren glänzenden Aufschwung nicht hindern; selbst die schwere Wirtschaftskrise der letzten Jahre hat nicht vermocht, uns aus der eroberten Position zurückzuwerfen. Der Gewerkschaftskongress in München wird erneut Zeugnis ablegen von der Solidarität der Arbeiter aller Berufe; er wird das Band, welches die Gewerkschaften umschlingt, noch enger knüpfen und in den Massen das Bewußtsein stärken, daß die Arbeiterschaft unüberwindlich ist, wenn sie fest und treu zusammenhält.

Die Wertlosigkeit der amtlichen Streikstatistik.

Der kürzlich erschienenen amtlichen Statistik über die Streiks und Aussperrungen im Deutschen Reich im Jahre 1913 wird im Maiheft des Reichsarbeitsblattes eine ausführliche Besprechung gewidmet. Seit dem Jahre 1899 veranstaltet das Statistische Amt diese Erhebungen, es liegen also jetzt Daten für 15 Jahre vor. Um das Bild der Entwicklung der Arbeitskämpfe deutlicher zu machen, wird der ganze Zeitraum in drei fünfjährige Perioden gegliedert. Durch einen Vergleich der Ergebnisse der gewerblichen Betriebszahlungen in den Jahren 1895 und 1907 ergibt sich, daß die Zahl der gewerblichen Arbeiter im Jahresdurchschnitt um 240 167 wächst. Bei der Berechnung der Zahl der Streikenden und der Ausgesperrten in den fünfjährigen Perioden und dem Vergleich dieser Zahl mit der Gesamtzahl der gewerblichen Arbeiter wird auf diese Zunahme gebührend Rücksicht genommen. Zunächst wird das Verhältnis der Zahl der Streikenden zu der der Ausgesperrten untersucht. Werden hierbei die Zahlen aus den fünfjährigen Perioden auf den Jahresdurchschnitt reduziert, dann ergibt sich folgendes Bild.

Jahre	Streikende		Ausgesperrte		Streikende und Ausgesperrte zusammen vom Hundert der gewerblichen Arbeiter	
	Grundzahl	vom Hundert	Grundzahl	vom Hundert	Grundzahl	vom Hundert
1899—1903	83384	86,4	13075	13,6	96459	1,2
1904—1908	210933	75,4	68884	24,6	279817	3,0
1909—1913	226187	69,0	101406	31,0	327593	3,1

Aus diesen Zahlen ist zu entnehmen, daß die Zahl der Ausgesperrten im Verhältnis zu der Zahl der Streikenden wächst. Während in dem Jahreskreis 1899—1903 auf je 100 am Lohnkämpfen Beteiligte 88,4 Streikende und 13,8 Ausgesperrte kamen, steigt die Zahl der Ausgesperrten in der folgenden Periode auf 24,8 und in der letzten auf 31,0 Prozent. Das findet seine Erklärung in dem Erstarren der Unternehmerverbände, die von dem Kampfmittel der Aus-sperrung immer häufiger und in umfangreicherem Maße Gebrauch machen. Aus der letzten Rubrik der vorstehenden Tabelle ist zu ersehen, daß von der ersten zur zweiten Periode der Umfang der Lohnkämpfe eine bedeutende Steigerung erfahren hat, daß jedoch von der zweiten zur dritten Periode nur eine geringfügige Vermehrung der an Lohnkämpfen beteiligten im Verhältnis zur Gesamtzahl der Arbeiter eingetreten ist. In dem Zeitraum 1899—1903 standen im Jahresdurchschnitt 1,2 Prozent der gewerblichen Arbeiter im Lohnkampf, 1904—1908 durchschnittlich 3,0 Prozent und in den letzten 5 Jahren im Jahresdurchschnitt 3,1 Prozent.

Insofern läßt sich gegen die amtlichen Feststellungen nicht viel einwenden; die errechneten Verhältniszahlen stehen wenigstens mit sonstigen Erfahrungen im allgemeinen nicht in Widerspruch. Das besagt jedoch noch nichts für die Richtigkeit der absoluten Zahlen. Diese sind so groß, daß schon ganz gewaltige Schnitzer gemacht sein müßten, um die Verhältniszahlen so zu beeinflussen, daß auch diese sofort als falsch erkannt werden können. Tatsächlich sind nämlich die Zahlen der amtlichen Streikstatistik falsch und es bedeutet eine unnütze Zeitvergeudung, sie als Grundlage für Berechnungen zu nehmen, von denen man Schlüsse auf das für die Arbeiterschaft so wichtige Gebiet der Lohnbewegungen ziehen will.

Die amtliche Streikstatistik ist erstmalig im Jahre 1899 erhoben worden. Das ist das Jahr, in welchem das Zucht-hausgesetz drohend am Horizont stand. Der Zweck der Aufnahme der Streikstatistik in den Aufgabekreis des Kaiserlichen Statistischen Amtes war es nicht, wie man jetzt glauben machen will, eine Erkenntnisquelle für die Beurteilung wirtschaftlicher Fragen zu erschließen, sondern man wollte mit dieser Statistik Material zur Begründung der Zuchthausvorlage gewinnen. Und die amtliche Streikstatistik wird unter dem ursprünglichen Gesichtspunkt weiter geführt, weil in den maßgebenden Kreisen fortgesetzt die Forderung gewahrt wird, es doch noch zu erreichen, daß die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften durch gesetzgeberische Maßnahmen noch stärker als seither eingeschränkt wird. Für die Begründung solcher Maßnahmen ist der Streikstatistik eine wichtige Rolle zugeeignet.

Es ist nicht zuziel gesagt, wenn wir behaupten, daß die von der amtlichen Statistik erhobenen Fragen nach der Zahl der Streikenden, die unter Kontraktbruch die Arbeit niedergelegt haben, nach der Zahl der beteiligten Personen unter 21 Jahren und nach der Häufigkeit des Einschreitens der Polizei und der Staatsanwaltschaft von den maßgebenden Regierungsstellen als die wichtigsten angesehen werden, obwohl sie für die Erforschung der wirtschaftlichen Fragen, der die Streikstatistik doch eigentlich dienen soll, völlig bedeutungslos sind. Schon oft ist der Regierung nahegelegt worden, auf diese anstößigen Fragen zu verzichten, aber mit den, diesen Gegenstand betreffenden Darlegungen in der Presse sowie mit den Reden im Reichstag ist bisher nur tauben Ohren gepredigt worden. So lange die Regierung

auf ihrem Willen beharrt, ist es aber den Gewerkschaften nicht möglich, an der amtlichen Streikstatistik mitzuarbeiten.

Eine Statistik über Arbeiterangelegenheiten ohne Mitwirkung der Gewerkschaften ist von vornherein zur Unfruchtbarkeit ver-dammte. In Erkenntnis dieser Tatsache hat das Kaiserliche Statistische Amt wiederholt mit der Generalkommission der Gewerkschaften konferiert, und sich mit ihr über die Grundlagen und den Erhebungsmodus bei den verschiedenen Zweigen der Arbeiterstatistik zu verständigen gesucht. Die Gewerkschaften leisten auch dem Kaiserlichen Statistischen Amt eine wertvolle Hilfe, ohne diese wäre z. B. die amtliche Arbeitslosenstatistik oder die Statistik über die Tarifverträge gar nicht denkbar. Für die unter kriminalistischen Gesichtspunkten erhobene Streikstatistik können jedoch die Gewerkschaften, wenn sie nicht auf ihre Selbstschätzung verzichten wollen, keine Unterstützung leisten. Im Kaiserlichen Statistischen Amt weiß man, daß die amtliche Statistik wertlos ist. Leitende Beamte haben dem Vorliegenden der Generalkommission zugestanden, sie wüßten, daß sie falsches berichten. Sie können das aber nicht ändern, denn die obersten Reichsbehörden beharren auf der Beibehaltung der anstößigen Fragen, und sie verhindern es damit, daß die Statistik durch die Mitarbeit der Gewerkschaften wirklichen Wert erhält.

Die amtliche Statistik wird auf Grund des vom Bundesrat vorgeschriebenen Fragebogens aufgenommen, indem die Polizeibehörden bei den beteiligten Unternehmern die erforderlichen Nachfragen veranstalten. Eine Verpflichtung für die Unternehmer, jeden Streik anzumelden, besteht ebensowenig wie eine solche zur richtigen Beantwortung der gestellten Fragen. Da ist es denn auch ganz natürlich, daß viele Streiks der Aufmerksamkeit der Behörden entgehen und daß die Angaben für die festgestellten Streiks häufig unzutreffend sind. Ursprünglich hat das Statistische Amt jeden einzelnen Streik so nachgewiesen, daß eine Nachprüfung der Angaben möglich war. Der Vergleich mit den Ergebnissen der von den Gewerkschaften aufgenommenen Statistik zeigte nicht nur, daß die amtliche Statistik viele Fehler enthielt, eine große Zahl von Lohnkämpfen war darin gar nicht berücksichtigt. Der ziffernmäßige Nachweis der völligen Unzulänglichkeit der amtlichen Streikstatistik war den Behörden unangenehm. Aber statt sich zu bemühen, die Fehler auszumergen, was freilich nur durch die Mitwirkung der Gewerkschaften möglich gewesen wäre, verfiel man auf den Ausweg, vom Jahre 1906 ab die Form der Veröffentlichung so zu ändern, daß Vergleiche der einzelnen Streiks in der amtlichen und in der gewerkschaftlichen Statistik nicht mehr möglich waren.

Völlig ist allerdings die Vergleichsmöglichkeit der Statistiken noch nicht aufgehoben und so kann das „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ Jahr für Jahr erneut den ziffernmäßigen Nachweis für die Fehlerhaftigkeit der amtlichen Streikstatistik führen. Da die gewerkschaftliche Streikstatistik sich nur auf die von den freien Gewerkschaften geführten Lohnkämpfe erstreckt, müßte die amtliche Statistik viel mehr Streikfälle umfassen als jene. Im Jahre 1912 zählte sie in der Tat 69 Kämpfe mehr, aber nur dadurch, daß sie große Kämpfe, die sich auf ein weiteres Gebiet erstreckten und die in der gewerkschaftlichen Statistik als je ein Streik gezählt werden, in eine große Zahl von einzelnen örtlichen Streiks auflöste. Tatsächlich ist eine sehr erhebliche

Zahl von Lohnkämpfen, welche die gewerkschaftliche Statistik nachweist, von der amtlichen Statistik nicht erfasst worden.

Die Wertlosigkeit der amtlichen Streikstatistik ergibt sich aber nicht nur aus ihrer Unvollständigkeit, die Mitteilungen über die Art der Lohnkämpfe und ihr Ergebnis ist zum Ueberfluß noch völlig falsch und irreführend. Bei der Art der amtlichen Erhebung und ihren Quellen ist das auch kein Wunder. Bei den Behörden herrscht noch allgemein die polizeiliche Auffassung, daß der Streik eine Auflehnung gegen die bestehende Ordnung ist, der von der Obrigkeit nach Möglichkeit entgegengewirkt werden muß. Die Unternehmer haben ein Interesse daran, diese Auffassung zu fördern. Da sich das amtliche Material auf deren Angaben stützt, kann man es verstehen, daß so viele Abwehrtämpfe, die von den Unternehmern verursacht wurden, in der amtlichen Statistik als Angriffsstreiks erschienen, bei denen die Arbeiter die Friedensstörer waren. Im Jahre 1912 zählte die gewerkschaftliche Statistik 903, die amtliche aber nur 174 Abwehrtreiks. Nach der gewerkschaftlichen Statistik waren im Jahre 1912 37,1 Prozent der Streiks Abwehrt-kämpfe, nach der amtlichen nur 6,9 Prozent.

Ueber das Ergebnis der Lohnkämpfe seit Be-stehen der amtlichen Statistik macht das Reichsarbeitsblatt eine Aufstellung, die sich auf die Zahl der Beteiligten erstreckt und die für die Streikenden und Ausgesperrten zusammen folgendes Resultat ergibt:

Jahr	Die Arbeiter erzielten		
	vollen	teilweisen	keinen
Durchschnitt 1899—1903 ..	15,5	44,2	40,3
„ 1904—1908 ..	8,9	50,5	40,6
„ 1909—1913 ..	6,8	50,7	42,5

Hieraus wäre die Streiks immer häufiger völlig erfolglos für die Arbeiter; nur in einer ganz geringen Zahl von Fällen führen die Lohnkämpfe zu einem vollen Erfolg und dazu geht der Prozentsatz der erfolgreichen Streiks rapid zurück. Für die oben gekennzeichnete polizeiliche Auffassung vom Streik bedeuten diese Zahlen eine wertvolle Stütze. Beweisen sie doch, wie zwecklos die Auflehnung gegen die ge-heiligt-Ordnung durch den Streik ist. Wenn die amtlichen Zahlen richtig wären, dann müßte den Arbeitern empfohlen werden, es sich noch viel gründlicher als seither zu überlegen, ehe sie zum Streik greifen, spricht doch die größte Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Opfer erfolglos gebracht werden. In Wirklichkeit liegt aber die Sache doch ein wenig anders; tatsächlich führt die überwiegende Mehrzahl der Streiks zu einem vollen Erfolge der Arbeiter. Der Unter-schied in der Beurteilung des Ergebnisses zeigt sich in der folgenden Zusammenstellung, die sich auf das Jahr 1912 be-zieht: Von je 100 am Jahreschluß beendeten Lohnkämpfen waren für die Arbeiter

	Erfolgreich	Teilweise erfolgreich	Erfolglos
Gewerkschaftliche Statistik ..	63,3	14,6	20,1
Amliche Statistik ..	16,5	39,9	43,6

Nach den Aufzeichnungen der Gewerkschaften wurden vom Jahre 1890 bis 1912 insgesamt 30 774 Lohnkämpfe ge-führt, von denen 52,8 Prozent erfolgreich, 21,6 Prozent teil-weise erfolgreich und 22,7 Prozent erfolglos waren.

Aus St. Petersburg.

Von Carl Wader.

(Fortsetzung.)

Im allgemeinen kann man sagen, daß die Arbeiten ein hohes Stück Geld kosten, wohl aber gewissenhaft kon-trolliert und aufs peinlich sauberste abgeliefert werden. In unserem Betriebe wird ein Palais für einen Großfürsten eingerichtet, aber nur fünf Zimmer, mit Doppelfenster, innen poliert und mit vergoldeten Beschlägen, die Türen in Rus-sbaum, Amandur, Mahagoni und Domingo (prima Berra) poliert, die Paneele und Möbel in denselben Holzarten poliert. In den nächsten Wochen sind wir fertig, nachdem 2 1/2 Jahre daran gearbeitet wurde. Aus meinen Beobach-tungen ziehe ich den Schluß, daß es der Modus ist, der beim Arbeiter nicht nur die Unterernährung begünstigt und die Kräfte lähmt, sondern auch die Intelligenz untergräbt. Das gilt übrigens für alle Gesellschaftskreise und erklärt den schleppenden Gang des gesamten Wirtschaftslebens und macht es erklärlich, daß die russische Industrie in ihrer Entwicklung mit der modernen Zeit nicht Schritt halten kann, denn auch den neueren modernen Palästen und öffent-lichen Gebäuden und Geschäftshäusern ist es anzusehen, daß es Werte ausländischer Baumeister sind.

Die Werkzeuge sind den Russen ähnlich, lieberlich be-handelt und verworren. Die meisten Werkzeuge und Maschinen sind ausländischen Ursprungs. Das gilt auch für Bohr-er, Schraubenzieher, Stößel usw. Auch die Hobel-bänke und die Hobelmaschinen aus dem Ausland. In Rus-land scheint es an Rechenholz zu mangeln. Mir wurde gesagt, die Buchenwälder seien schwer zugänglich oder, wie die in Sibirien, zu erliegen. Dagegen gibt es viel Birkenholz, aus welchem auch die selbstgefertigten Zwingen und Schraubstöcke angefertigt werden.

Die Löhne bewegen sich, wie bereits angeführt, zwischen 1,00 und 3 Rubel. Dabei besteht zwischen den Löhnen der Bau- und Möbeltischler kein Unterschied. Möbeltischler verdienen in Alford etwa 3 Rubel; die Parkettierer erhalten der Saison 5 Rubel und mehr. Mein Kollege und ich erhalten den höchsten Lohn, der für Möbeltischler üblich ist, 2,50 Rubel. Die Löhne der anderen Kollegen sind wegen des häufigen Wechsels schwer festzustellen. Gewöhn-lich bewegen sie sich mit 1,50 oder 2 Rubel an und steigen nach 10 bis 15 Tagen um 5 oder 10 Kopfen, kommen so allmählich auf den Satz von 2,50 oder 3 Rubel, das heißt, wenn sie so lange anhalten. Als ich mit unserem Fabrikanten die Lohnfrage besprach, meinte er, wenn er den Russen mehr

Lohn zahle, dann arbeiten sie noch weniger Tage als so schon. Der Russe ist, wie er wörtlich sagte, nur mit Hunger und Knecht geübt zu halten. Hierbei sei eingeschaltet, daß es auch normalerweise in Rußland nicht sehr viele Arbeitst-agen gibt. Zu den vielen Kron- und Kirchenfeiertagen kommen noch familiäre Festtage und Wochenendtagen, so daß ein normales Jahr mit 260 Arbeitstagen schon reichlich hoch gerechnet ist.

Etwas mehr als die Bau- und Möbeltischler verdienen die Wertpapierhändler, die auch ihre Stellen etwas länger behaupten. Auch hier ist Kolonnenarbeit üblich, und die Kollegen können mit 60, 70 und 80 Rubel pro Monat ab-rechnen. Bei den Bau- und Möbeltischlern läßt sich das monatliche Einkommen nicht berechnen, weil eben kein Stamm da ist. Ich habe bis jetzt nur liegengelassene Arbeit fertiggemacht und für Alford war noch keine Gelegenheit. Ueberstunden werden in jedem Betriebe anders berechnet; so gibt es pro Stunde 5 bis 10 Kopfen, für Nachtarbeit 100 Prozent, für Sonnensarbeit von 7 1/2 Uhr bis 2 Uhr mittags ohne Pause den vollen Tagelohn. Die Arbeits-lohlosigkeit macht sich auch hier sehr bemerkbar und scheint ebenfalls einen hohen Stand erreicht zu haben. Arbeiter-schutz kennt man in Rußland nicht. Es gibt weder Kranken-kassen noch Unfallversicherung. Wer ein halbes Jahr in Rußland ist, muß drei Rubel entrichten und hat dafür im Krankheitsfall freie Verpflegung im Spital.

Den Organisationsbestrebungen ist der russische Ar-beiter im allgemeinen leicht zugänglich, aber die Gesetze machen die Betätigung des Organisationsdranges zu einem recht gewagten Unternehmen. Den Vermittler macht in erster Linie die Arbeiterpresse. Von einer Pressefreiheit ist natürlich in Rußland keine Rede. Wie es damit bestellt ist, mögen einige Beispiele erläutern. Am 29. Oktober vorigen Jahres verurteilte, wie die „St. Petersburgs Zeitung“ berichtete, der Appellhof den Redakteur des Arbeiter-blattes „Lutich“, Michailow, wegen Wiedergabe der vom sozialdemokratischen Abgeordneten Isewitsch am 5. Juni in der Duma gehaltenen Rede, welche die Resolution der so-zialdemokratischen Fraktion zum Verleis-Prozess (den be-kannten Ritualmordprozess) enthielt, zu acht Monaten Ge-fängnis! — Die sozialdemokratische „Kowaja Rabotshaja Gazeta“ feierte am 7. Dezember 1913 das Erscheinen ihrer hundertsten Nummer. Von den 99 vorhergehenden Num-mern waren 25 beschlagnahmt worden. Administrative Strafen waren dem Blatt in Gesamthöhe von 8500 Rubel zudiktirt worden. Zu der Zeit zeichnete der dreizehnte

Redakteur, seine zwölf Vorgänger saßen sämtlich im Ge-fängnis.

Streiks sind bekanntlich auch in Rußland keine Selten-heit mehr. Dem Außenstehenden erscheinen die Streiks meist impulsiv vom Zaune gedrohen, in vielen Fällen ist aber auch hier der Streik das Ergebnis gründlicher Vor-beratungen, die naturgemäß im Geheimen vollzogen werden.

Das gilt aber nur für die kleineren Betriebe; in den größeren und großen Betrieben ist der Streik meist das Produkt eines lang aufgespeicherten Grolles über die vielen Mißstände. Er wird durch sogenannte Sturzmeetings im Fabrikhofe oder wo die aufgeregte Masse es beliebt, kurzer-hand beschlossen. Die Forderungen werden bei Gelegenheit ausgearbeitet, und da es an Fabrikarsschüssen fehlt, wer-den sie anonym per Post eingeliefert. Sehr oft kommt es vor, daß an das Erheben von Forderungen überhaupt nicht ge-dacht wird. Typisch hierfür ist die folgende Notiz aus der „Petersburger Zeitung“ vom 10. April d. J.:

Aus dem Arbeiterleben. Am 9. April traten fast alle Fabriken, die vor den Feiertagen still standen, wieder an die Arbeit. Die Arbeiter der Fabriken Pönnig, Nobel, Alt-Niwas, Niedermeyer, Alexanrow u. a. kamen zur festgesetzten Stunde zu ihren Fabriken, verließen diese jedoch sogleich wieder, ohne die Gründe für ihr Verhalten zu erklären. Die Arbeiter der Fabrik der Russischen Ge-sellschaft zur Herstellung von Kriegsmunition erklärten der Zeitung beim Verlassen der Fabrik, daß sie infolge der Schließung der Weinhandlungen und Traktirs an den ersten drei Osterfeiertagen (zugleich auch die Tage des Nüchternheitsfestes) das Fest nicht in der entsprechenden Weise feiern konnten und infolgedessen nun die Fabrik verlassen, um das Versäumte nachzuholen. Insgesamt verließen in dieser Weise ihre Fabriken gegen 8000 Mann. Hierbei sei erläutert bemerkt, daß Weinhandlungen eine euphemistische Umschreibung für die Monopolshops-läden ist. — Bei dem Riesenstreik von etwa 70 000 Ar-beitern, der sich infolge der Massenvergiftungen in der Galloshenfabrik „Treugollmit“ zu einem politischen Demon-strationsstreik ausbildete, haben nicht einmal die Führer die Forderung auf Verbesserung der sanitären Einrichtun-gen erhoben. Nur in der Duma haben zwei sozialdemo-kratrische Abgeordnete darauf aufmerksam gemacht. Diesen Braven wurde wegen der scharfen Ausdrücke nicht bloß das Wort entzogen, sie sind auch für die zwei nächsten Sitzungen ausgeschlossen worden. (Schluß folgt.)

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlass geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

- Zuzug ist fernzuhalten von:
 - Zischlern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Bernau (Liebe Nachf.), Breslau (Waggonfabrik Vintehofmann-Werke), Gassen, Köhlschendorf, Lindau im Bodensee, Lüchow, Miesbach, Rudolstadt (Firma Zittow), Schönauke, Straßburg im Elsaß (Möbelschreinereien), Sulingen, Wittfod, Assen in Holland, Geln, Schaffhausen.
 - Möbelstischlern nach Breslau (Waggonfabrik Vintehofmann-Werke), Gassen.
 - Stuhlbauern und Polsterern nach Turn-Teplitz in Böhmen.
 - Klaviermachern nach Gotha (Stad. Pianofabrik), Kristiania (Gebr. Hals, Orgelf. Olsen u. Jørgensen).
 - Klavaturarbeitern nach Warmen (W. O. Bühl).
 - Parquetlegern nach Danzig (Parquetfabrik Domanski, Pilsnaki).
 - Drechsler nach Hersbrud, Schönauke.
 - Bergwerkern, Grundbesitzern, Bergwerkern und Farbmachern nach Rudolstadt.
 - Stelmachern nach Altenessen (Karosseriefabr. Wehling), Breslau (Waggonfabrik Vintehofmann-Werke), München, Stuttgart (Karosseriefabr. Reutter und Aufer).
 - Korbmachern nach Dömitz (Gebr. Eggers), Stralau und Rüditz (Stralauer Glashütte), Lenzburg in der Schweiz.
 - Kammachern nach Brix bei Berlin (Bloch), Erlangen, Griesheim (West).
 - Bürstenmachern nach Frankfurt a. M. (Franz).
 - Stickerarbeitern nach Mengersgraben.
 - Textarbeitern nach Danzig (Schiffswerft), Mohen bei Begefad.
 - Mühlbauern und Monteuren nach Gassen.
 - Süger und Maschinenarbeiter nach Kotscherinowo in Bulgarien (Fa. Balabanoff).

Wie wenig berechtigt der Anspruch ist, den die amtliche Streitstatistik erhebt, eine Erkenntnisquelle für die Beurteilung wirtschaftlicher Fragen zu sein, erhellt daraus, daß die ohne Arbeitseinstellung verlaufenen Lohnbewegungen völlig unberücksichtigt läßt, obwohl sie für den Ausgleich der Gegensätze zwischen Unternehmern und Arbeitern eine immer größere Bedeutung erlangen. So fanden im Jahre 1912 insgesamt 9961 Lohnbewegungen statt, an denen 1254358 Personen beteiligt waren. Von diesen verließen 7136 oder 71,8 Prozent der Bewegungen mit 774769 Beteiligten, das ist 61,8 Prozent der Gesamtzahl ohne Arbeitseinstellung. Wäre es den in Betracht kommenden Behörden ernst mit der Absicht, die Vorgänge im Wirtschaftsleben zu erforschen, die ihren Ausdruck in den Lohnkämpfen finden, dann müßte die amtliche Statistik den ohne Arbeitseinstellung verlaufenen Lohnbewegungen eine ganz besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Die amtliche Streitstatistik segelt aber unter falscher Flagge. Die maßgebenden Behörden verhindern durch ihr Verhalten mit Vorbedacht die Mitwirkung der Gewerkschaften auf einem Gebiet der Statistik, welches ohne diese Mitwirkung niemals ein wahres Bild der Tatsachen geben kann. Deshalb kann nicht oft genug wiederholt werden: Die amtliche Streitstatistik ist falsch und unbrauchbar; sie ist eine beabsichtigte Irreführung der Öffentlichkeit.

Die Berliner Holzindustrie im Jahre 1913.

Die Berichte der Arbeitgeber, die in dem jetzt erschienenen „Berliner Jahrbuch für Handel und Industrie“ vereinigt sind, bestätigen nachträglich, was unsere Kollegen das ganze Jahr über so bitter an eigenen Leiden erfahren mußten: das völlige Varniederliegen des Geschäfts. Der hohe Geldstand und die damit verbundene Schwierigkeit, Hypothekengelder zu beschaffen, haben das schon im vorhergehenden Jahre unangenehm bemerkbare Ruhen der Bauaktivität eher noch verschärft. Zahlungseinstellungen von Bauemeistern und Bauunternehmern waren recht häufig. Die Unmöglichkeit der Neubeschaffung von Baugeldern ließ aber auch die Zusammenbrüche von Grundstückeigentümern in einer am Berliner Grundstücksmarkt ganz ungewohnten Weise steigern. In Wirklichkeit kommt allerdings in diesen Fallissements auch die ungesunde Steigerung der Bodenpreise zum Ausdruck. Die geringste wirtschaftliche Erschütterung macht es schon unmöglich, die außerordentlich hohen Zinslasten aufzubringen.

Von den Berufen der Holzindustrie ist naturgemäß die Bau Tischlerei am schwersten von diesen Ereignissen in Mitleidenchaft gezogen worden. Neben einigen größeren Bauten für Handel und Industrie waren es nach den Berichten fast ausschließlich behördliche Aufträge, welche den Bau Tischlereien Beschäftigung brachten. Dabei aber zeigten alle Submissionen große Unterangebote. Die Zahl der Bau Tischlereien ist geringer geworden und auch diese wenigen, die noch am Werke sind, beschäftigen weniger Leute als früher. Die gleichen Einflüsse wirken auf die Saloufiefabrikation ein, werden aber hier durch etwas Export ein wenig gemildert. Die Arbeitgeber haben am 5. November 1913 in Düsseldorf von neuem einen „Verband deutscher Saloufie- und Rolladenfabrikanten“ gegrün-

det, der Mittel zur Hebung der Branche suchen soll. Besonders nachteilig wird dort die Gewährung langer Zahlungsziele an die Baugeschäfte empfunden.

Die Berichte über die Möbelindustrie bringen zwar mehr die Stimmung der Händler und der Großfirmen zum Ausdruck, doch dürfte das meiste auch auf die kleineren und mittleren Tischlereibetriebe zutreffen. Die schon seit Jahren bellagte Erscheinung, daß sich die Provinz in immer steigendem Maße von Berlin unabhängig macht, wird auch jetzt wieder besonders betont. In der Provinz haben sich im Laufe der Zeit Geschäfte aufgetan, welche zum mindesten den Marktbedarf an Stapelware zu decken in der Lage sind, in vielen Fällen aber auch Spezialobjekten gerecht zu werden vermögen. Infolgedessen gelangen zahlreiche Aufträge, die früher Berliner Spezialgeschäften zufließen, heute in der Provinz zur Ausführung. Die Ausnahmefähigkeit des Berliner Marktes selbst war aber bei der großen Arbeitslosigkeit nur eine recht beschränkte, doch hebt der Bericht lobend hervor, daß die Ansprüche des Publikums an die Qualität der Möbel gestiegen sind, also besser gearbeitete Ware bevorzugung fand. Von den Möbelmessen sind die Bericht-erstatte wenig erbaut. Sie bringen nur Durchschnittsleistungen ans Licht und seien im Ergebnis so unbefriedigend, daß Händler wie Tischler geneigt seien, damit aufzuhören, sobald sich eine Einigung erzielen lasse. Die Gesamtumsätze der Möbelindustrie Berlins werden als wenig ermutigend bezeichnet. Begrüßt wird in dem Bericht die Neuordnung des paritätischen Arbeitsnachweises, die wesentliche Vorzüge enthalte.

Ladeneinrichtungs- und Büromöbelbranche fingen das gleiche Lied von den fehlenden Aufträgen, fortlaufenden hohen Generalunkosten und reichlichem Angebot von Arbeitskräften. Ihre Hoffnungen auf einige lohnende Aufträge aus der Wehrvorlage sind durch die Konkurrenz der Strafanstalten zu Wasser geworden.

Die Schulmöbelabriken sind zwar an sich weniger von der allgemeinen Wirtschaftslage abhängig, ihre Aufträge müssen mit der Zunahme der Bevölkerung automatisch wachsen. Doch klagen auch sie, und zwar über die auswärtige, besonders süddeutsche Konkurrenz. Neuerdings hat allerdings die Stadtverwaltung Berlin ihre Submissionen mehr auf anfällige Firmen beschränkt.

In der Leiterfabrikation, die mehr außerhalb des engeren Groß-Berlin liegt, hat sich eine erhebliche Qualitätsminderung bemerkbar gemacht. Die Leitern werden auf Kosten ihrer Haltbarkeit billiger und leichter hergestellt. Die Fabrikanten geben selber zu, daß dieser Weg auf die Dauer nicht gangbar ist. Ebenso melden die Parkett-geschäfte Preisunterbietungen durch wenig kapital-kraftige Fabriken, die aus Geldbedürftigkeit um jeden Preis Ware abstoßen müssen. Entgegen dem vereinbarten Quadratmeterpreis von 7,50 Mk. für eigene Stabböden und 11 Mk. für furnierte Tafeln, seien Verkäufe bis herab zu 6,75 Mk. bzw. 10 Mk. zustande gekommen. Entsprechend dem Stand des Baumarktes war natürlich die Gesamt-lage flau.

Die allgemeine Depression machte sich auch im Stell-machergewerbe recht unangenehm bemerkbar. Der am ehesten ertragreiche Bau von Luxuswagen litt bei der allgemein geübten Zurückhaltung mit nicht unbedingt notwendigen Ausgaben erheblich unter dem Mangel an Auf-trägen. Einige Fabriken konnten sich durch Bestellungen aus Rußland etwas schadlos halten. Da deutsche Karosserien im Ausland einen guten Namen haben, hätte die Bude durch den Aufbau der Karosserien für den Export bestimmte Gestelle ausgefüllt werden können, doch ließ die Regierung die hierzu erforderliche zollfreie Durchfuhr im Veredelungsverkehr nicht zu. Eine neue Konkurrenz ent-stand in der gesteigerten Einfuhr billiger amerikanischer Wagen.

Ebenfalls auf die Bedeutung der Zollpolitik für den Be-ruf weisen die Goldleistenfabriken hin. Für sie ist es eine Existenzfrage, daß ihnen der Weg ins Ausland offengehalten wird. Diesmal war der Export nach dem Balkan durch die dortigen Kriegswirren ganz abgeschnitten. Dazu kam, daß der inländische Bedarf an Tapetenleisten mangels nennenswerter Bautätigkeit fast ruhte, so daß die Beschäftigung eine recht mittelmäßige war.

In der Klavierfabrikation war der Geschäfts-gang unterschiedlich. Während auf dem europäischen Markt das Klavier als Luxusartikel im Absatz hinterstand und die dafür arbeitenden Fabriken verzweifelte Anstrengungen machten, um überhaupt die Betriebe voll aufrecht zu er-halten, erzielte der Export eine wesentliche Steigerung. Immer noch ist Großbritannien der Hauptabnehmer deut-scher Produkte, auch Südafrika nahm gut ab. Es macht sich jedoch bemerkbar, daß auch das Ausland seine eigene Produktion mehr und mehr entwickelt. Davon werden aller-dings die Fabriken für Pianomechaniken und für Klavia-turen vorläufig nicht beeinflusst, da diese beiden Teile auch von den ausländischen Fabriken meist aus Deutschland be-zogen werden. Immerhin sind bei dem guten Ruf deutscher Pianos die Fabriken nicht ohne Hoffnung.

Etwas günstiger noch lauten die Nachrichten aus der Saarschmiedindustrie, die in kleinen Artikeln gut beschäftigt war. Das Bestreben der Fabriken nach einem unverbrennbaren Ersatzstoff für Zelluloid hat noch zu keinem Erfolg geführt, da den bisherigen Resultaten dessen gute Eigenschaften fehlten. Stab- und Schirmgriffe sowie große Knöpfe aus Zelluloid gingen ebenfalls gut. Ueber die da-durch entstandene Konkurrenz klagen nun freilich wieder die eigentlichen Knopffabriken, die neben der ursprüng-lichen Perlmutter bisher allein Galalith (Waldstein) vor-teilhaft als Ersatzstoff verarbeitet. Stark vom Wetter und

von der Mode abhängig ist demgegenüber die Schirm-fabrikation, die ein trockenes Jahr nur ungern sieht. Mehr aber noch wird das Verschwinden des Sonnenschirms aus der Mode beklagt. Bei Regenschirmen aber zeigte sich eine Bevorzugung besserer Stücke. Gute Neuheiten be-schäftigten die Stabfabriken reichlich.

Von diesen wenigen Ausnahmen abgesehen, ist denn dieser ganze Bericht der „Aeltesten der Kaufmannschaft“ ein bewegliches Klagebuch der Berliner Holzindustrie, die ein schweres Krisenjahr hinter sich hat und nun noch nicht zu hoffen wagt, daß die nächsten Monate eine wesentliche Besserung bringen werden, obgleich sich die Geschäftslage zweifellos inzwischen schon etwas gehoben hat.

Soziales.

Die Produktivabteilung für Bürstenwaren des Konsumvereins für Schönheide und Umgegend.

H. R. Alle von Arbeitern gegründeten Produktiv-genossenschaften haben einen mehr oder minder schweren Leidensweg hinter sich. In den meisten Fällen sind es ge-mäßregelte Arbeiter gewesen, die ihre Zuflucht zu einer ge-nossenschaftlichen Vereinigung ergriffen, um auf diesem Wege sich eine neue Existenz zu gründen. Es stellte sich dann aber immer heraus, daß zwei Faktoren dem Unternehmen große Hindernisse bereiteten: Die Heranschaffung von Kapialien und der Absatz der produzierten Waren. Erst dann, wenn die Konsumgenossenschaften als fester Kundenkreis gewonnen waren, kamen die Produktivgenossenschaften so langsam zur Entwicklung.

So liegen auch die Dinge bei der Produktivgenossenschaft in Schönheide. Schon vor dem großen Bürstenmacherstreik in Schönheide im Jahre 1906/07 hatte der Konsumverein die Produktion für Bürstenwaren aufgenommen, und zwar mit drei Beschäftigten, darunter eine Arbeiterin; während des Streiks wurden dann eine beschränkte Anzahl Arbeiter unterbracht. Wie die Entwicklung dann vor sich ging, zeigen die Geschäftsberichte der nachfolgenden Jahre.

Im Jahre 1905/06 wurden erst für 2096,20 Mk. Waren umgesetzt, im Jahre darauf aber schon für 26 624,59 Mk. mit einem Reingewinn von 1280,21 Mk. Im Geschäftsjahre 1911/12 betrug der Umsatz 123 194 Mk., der Reingewinn 3925 Mk. Das Geschäftsjahr 1912/13 brachte bei 150 635 Mk. Umsatz keinen Reingewinn. Die Ursache hierfür ist die Feuers-brunst, welche am 25. Februar 1913 das Gebäude mit Ver-kaufs- und Fabrikräumen vollständig zerstörte. Wohl war der Verein gegen Feuer versichert, aber nicht ausreichend. Der Schaden war um so empfindlicher, als eine Verkaufsstelle fast einen ganzen Monat obdachlos blieb und überdies 50 Arbeiter arbeitslos waren, aber so lange entlohnt werden mußten, bis es gelang, passende Fabrikräume zu finden und wieder in Betrieb zu setzen. Der Gesamtverlust der Ge-nossenschaft betrug rund 5000 Mk. Diesen Schlag hat aber die Arbeiterschaft ertragen und gezeigt, was organisatorische Kraft vermag. Nach 14 Tagen wurde die Fabrikation in vollem Umfange wieder aufgenommen und nach weiteren 14 Tagen konnte die regelrechte Lieferung der Waren wie-der beginnen, zum größten Leidwesen unserer Gegner, die mit unvorstellbarer Freude das Schadenfeuer umstanden hatten.

So erfreulich sich der Umsatz mit jedem Jahre steigert, so muß doch konstatiert werden, daß er weit höher sein könnte. Das Unternehmen fußt ja auf der genossenschaftlichen Ein-sicht der Brudervereine und verdankt denselben, wie der tat-kräftigen Unterstützung der Großeinkaufsgesellschaft deut-scher Konsumvereine seine Weiterentwicklung. Hunderte kleine und große Konsumvereine decken ihren ganzen Be-darf an Bürstenwaren bei dem Schönheider Konsumverein. Sehr viele Vereine beziehen aber nur einen winzigen Bruchteil ihres Bedarfs oder gar nichts von dort. Bei den Bürsten handelt es sich um Ware, die täglich gebraucht wird und in jedem Verein zu finden ist; sie stammt aber dann in den meisten Fällen aus Betrieben, wo die Lohn- und Ar-beitsverhältnisse noch recht traurige sind und die Organi-sation sehr wenig Einfluß hat. Hierauf sollten die Ge-schäftsleitungen ihr Augenmerk richten.

Die Zahl der beziehenden Vereine ist von 185 im Jahre 1906/07 auf 600 im Jahre 1912/13 gestiegen, also $\frac{1}{2}$ der-jenigen Vereine, die von der Großeinkaufsgesellschaft ihre Waren beziehen. Mit der steigenden Nachfrage mußten sich naturgemäß auch die Betriebsverhältnisse entwickeln, und so sehen wir, daß sich aus den drei Beschäftigten bei der Grün-dung heute ein Arbeitspersonal von ansehnlichem Umfang entwickelt hat. Es werden beschäftigt: 4 Pinselmacher, 4 Pecher, 4 Einzicher, 3 Borstenarbeiter, 8 Stangerinnen, 9 Handeinzieherinnen, 2 Abschneider, 7 Bürstenarbeiter, 2 Fuher, 2 Polierer, 1 Abpuher und 2 Wader.

Die Lohnverhältnisse sind gegenüber der Privatindustrie im Schönheider Bezirk als günstige zu bezeichnen. So ver-dienen die Lohnarbeiter zwischen 22 und 24 Mk., die Pecher 20—24 Mk., die Einzicher 22—26 Mk., die Fuher 26—27 Mk., und die Arbeiterinnen zwischen 14 und 20 Mk. Die Arbeits-zeit beträgt 53 Stunden. Die Arbeitsverhältnisse sind tarif-lich geregelt und sämtliche Arbeiter gehören dem Deutschen Holzarbeiter-Verband an.

Die maschinellen Einrichtungen sind nur für die Fertig-fabrikation vorhanden und entsprechen den neuesten techni-schen Errungenschaften. Um der Produktion eine größere Schlagfertigkeit zu geben, wird mit der Zeit auch die Hölzer-fabrikation noch eingeführt werden. Die Hölzer werden heute in drei Privatbetrieben hergestellt. Infolge des Mangels an Kapital und auch geeigneten Arbeitsräumen konnte dieser Zweig der Produktion noch nicht in Angriff ge-nommen werden. Da der Weiterentwicklung unbedingt Rech-nung getragen werden muß, wurde in der Generalfersamml-ung vom 29. März 1914 beschloffen, die Geschäftsanteile des Vereins um 20 Mk. zu erhöhen.

Unter der Krise, unter der die gesamte Bürstenindustrie leidet, hat auch gegenwärtig die Produktivgenossenschaft zu leiden. Nicht etwa der Mangel an Aufträgen ist gemeint; nein, ein anderer Umstand beeinflusst die Fabrikation ganz außerordentlich. Der Faser, das notwendige Rohmaterial in der Bürstenindustrie, wird in Mexiko geerntet. Infolge der dort herrschenden Wirren ist es aber unmöglich, den Faser

zu ernten und nach der Rüste zu schaffen. Die Preise für dieses Rohmaterial sind bis jetzt um 75 Prozent innerhalb eines halben Jahres gestiegen. Die Folge wird sein, daß die aus Fäber angefertigten Bürstenwaren einen Preisausschlag erfahren werden, dem sich auch die Produktivgenossenschaft nicht entziehen kann.

Es ist allbekannt, daß in der Bürstenindustrie noch ein geradezu wilder Zustand in der Produktion herrscht und daß trotz Krisen und Materialteuerungen die verwerflichste Schmutzkonkurrenz herrscht. Die genossenschaftliche Eigenproduktion kann aber dieses Treiben nicht mitmachen, denn erstens dürfen die Waren nicht schlechter werden und zweitens sollen die Betriebsbedingungen immer den Anforderungen der Neuzeit entsprechen. Dabei sind nicht zu vergessen die geregelten Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Mögen diese Zeilen dazu beitragen, den Waren der Produktivgenossenschaft weiteren Eingang in die Vereine zu schaffen; mögen die Genossenschaftler darauf achten, daß die Verwaltungen die notwendigen Aufträge der Eigenproduktion zuwenden und mögen auch die Frauen ganz besonders darauf achten, daß sie nur Bürstenwaren kaufen, die dort angefertigt werden, wo menschenwürdige Arbeitsverhältnisse vorherrschen, wie dies in der Schönheider Produktivgenossenschaft der Fall ist.

Die Verstaatlichung der Zündholzindustrie verlangen die Zündholzfabrikanten in einer Petition, die sie unter dem 9. Mai an den Reichstag gerichtet haben. In erster Linie allerdings fordern sie eine Novelle zum Zündwarensteuergesetz, durch welches die Zündholzfabrikanten einer hohen Steuer unterworfen werden. Diese letztere Forderung haben sie schon vorher in einer Petition an den Reichstag erhoben, doch ist die Petitionskommission darüber zur Tagesordnung übergegangen. In der neuen Petition wird diese Forderung auf das dringendste wiederholt und für den Fall der Ablehnung der Regierung empfohlen, die Verstaatlichung der Industrie durchzuführen.

Die Steuer auf Zündwaren ist ein Bestandteil der großartigen Steuerreform vom Jahre 1909. Durch diese Steuer ist der Preis der Zündhölzer um etwa das Dreifache erhöht worden. Es war nicht schwer vorauszusagen, daß dadurch die Zündholzindustrie schwer geschädigt werden würde. Diese Befürchtungen sind auch buchstäblich in Erfüllung gegangen. Seit dem Jahre 1910 hat sich die Zahl der beschäftigten Arbeiter um die Hälfte vermindert. In der Petition ist eine interessante Aufstellung über die Kosten gemacht, aus welchen sich der Preis eines Paletes Zündhölzer zusammensetzt. Von den 30 Pf., die das Palet im Kleinhandel kostet, kommen 15 Pf. auf die Steuer; die Herstellungskosten betragen 7 Pf.; für Spesen, Verpackung, Frachten und Nutzen des Fabrikanten werden 1 bis 2 Pf. gerechnet, 1 Pf. verdient der Zwischenhandel und 5 Pf. der Detailhandel.

Die Fabrikanten sind über die ihnen zugefügte Geschäftsschädigung, die ihnen durch die weite Verbreitung der Zündholzfahartikel zugefügt wird, so erbost, daß sie der Regierung ihre Fabriken zur Verfügung stellen wollen, gegen gute Entschädigung natürlich. Von einer Entschädigung der Arbeiter, die unter der Herabsetzung der Produktion noch viel härter leiden, sind doch viele von ihnen völlig erwerbslos geworden, ist natürlich keine Rede. — Durch den Schluß des Reichstags ist die Petition vorläufig gegenstandslos geworden, aber sie lenkt doch erneut die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die schwere Schädigung, die der Volkswirtschaft durch den Bewilligungseifer der Zollwächermehrheit des Reichstags zugefügt wurde.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

In Krojante wurde eine neue Zahlstelle gegründet.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokaltbeitrages erteilt, wonach der Gesamtbeitrag in diesen Zahlstellen ab 1. Juli beträgt: in Lautha 1 Mk., in Opperode, Optr., 65 Pf.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 25. Wochenbeitrag für das Jahr 1914 fällig geworden.

Aus dem Verbands ausgeschlossen wurden wegen Streikbruchs auf Antrag der Zahlstelle Bremen die Rodeltischler August Westermeyer, Fritz Lüdeling, Fritz Köhler, Heinrich Schmidt und Aug. Poiesche, von Großröhrsdorf der Tischler Erwin Senf.

Wegen Streikbruchs auf Antrag der Zahlstelle Coswig der Tischler Rudolph Mahle.

Wegen Betrug auf Antrag der Zahlstelle Berlin der Maschinenarbeiter Hermann Fischer und der Tischler Walter Parwin, von Köln der Tischler Gerhard Bürling.

Wegen Schädigung von Verbandsinteressen auf Antrag der Zahlstelle Ansbach der Tischler Paul Kuglitz, von Berlin der Einseger Werner Ballmann, von Hamburg die Tischler Andreas Engelhardt, H. Jägerberg, Karl Langer, August Witt, Johannes Schneider und der Stellmacher Friedrich Grundmann, von Tilsit der Kistenmacher Eduard Odau, von Zirsdorf der Maschinenarbeiter Josef Ebert.

Wegen Denunziation auf Antrag der Zahlstelle Danreuth der Tischler Joh. Gorgler, von Zeulenroda der Maschinenarbeiter Paul Koldin.

Wegen Veranrechnung auf Antrag der Zahlstelle Würzburg der Tischler Franz Korhaas.

Wegen Diebstahl auf Antrag der Zahlstelle Trier der Tischler Christoph Entlich.

Wegen unkollegiales Verhalten auf Antrag der Zahlstelle Glashütte der Polierer Richard Adolph, von Halle der Tischler Ernst Wader, von Bexlar der Tischler Willy Döner.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verfallen erklärt und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 5 Karl Engel, Tischl., geb. 12. 6. 64 zu Badewig.
- 100 Hermann Steindl, Klavierarb., geb. 12. 3. 71 zu Ludau.

- 1482 Karl Standow, Tischl., geb. 19. 8. 96 zu Sammeritz.
- 2100 (Jabl.) Eugen Franzer, Hilfsarb., 17. 6. 96 zu Berlin.
- 36904 Stefan Rusl, Tischl., geb. 5. 12. 74 zu Marburg.
- 212526 Hermann Henne, Tischl., geb. 11. 7. 87 zu Wülthausen.
- 437427 Wilhelm Dahn, Tischl., geb. 6. 2. 91 zu Sudow.
- 468895 Paul Hoffmeister, Masch., geb. 30. 9. 78 zu Guben.
- 547018 Aug. Heck, Mech.-Arb., geb. 14. 11. 87 zu Gütten.
- 618510 Georg Kornhardt, Tischl., geb. 11. 8. 87 zu Böhlsdorf.
- 701219 Erwin Schoftag, Korbm., geb. 15. 9. 95 zu Berlin.

Berlin SO. 16, Am Köpenicker Park 2.

Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Wiberaach. In der Nr. 18 der „Solzarbeiter-Zeitung“ haben wir eine Notiz veröffentlicht, die sich mit den Verhältnissen in der Bürstenfabrik von Karl Müller beschäftigt. Von der Verleumdung, die uns Herr Müller dann zusandte, haben wir in Nr. 20 Notiz genommen. Damit ist aber die Sache noch nicht erledigt. Der Einsender der ersten Notiz sendet uns einen, offensichtlich von Herrn Müller selbst geschriebenen Zettel, um dessen Abdruck er uns dringend ersucht. Wir kommen hiermit diesem Wunsche nach. Die Erklärung lautet: „Der Urheber des Artikels von Wiberaach in Nr. 18 d. Zeitung erklärt hiermit, daß die Ausführungen nicht den Tatsachen entsprechen. Besonders der Satz: „Die Lohn- u. Arbeitsbedingungen u. schlechtes Material“ beruht auf Unwahrheit. Der Artikel wird hiermit mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückgenommen.“ Der ganze Vorgang berührt recht eigenartig, wir wollen aber die Gedanken, die wir uns dabei machen, unausgesprochen lassen. Doch möge dieser Vorkfall für die Kollegen eine Warnung sein, nur über solche Vorgänge zu berichten, die wahr und auch beweisbar sind. Die Notwendigkeit, eine solche Erklärung, wie die vorstehende, abgeben zu müssen, gereicht dem Einsender der fraglichen Notiz nicht gerade zur Ehre und sie liegt auch nicht im Interesse des Verbandsorgans.

Groß-Ulmstadt bei Darmstadt. Herr Korbmachermeister Wiesner annouciert öfter, daß er tüchtige Korbmacher bei gutem Lohn und Material einstellt. Kollegen, die darauf hergehen, müßten aber nach ganz kurzer Zeit erfahren, daß die Löhne und die Akkorde mit den Kosten der Lebenshaltung nicht in Einklang zu bringen sind. Auch das Material läßt viel zu wünschen übrig. Für Körbe 60x78 unten gekimmt und abgepußt werden 0,70 Mk. bezahlt, für 60-Liter-Ballonkörbe unten und oben gekimmt und abgepußt gibt es 0,35 Mk. Pausen und Arbeitszeit werden nicht eingehalten. Schuld daran, daß noch solche Zustände herrschen, ist, daß ein Teil der Korbmacher nicht den Weg zur Organisation findet. Wenn diese das Versäumte schleunigst nachholen, wird sich auch hier bessern lassen.

Hamburg. (Paritätischer Arbeitsnachweis.) Wochenbericht vom Sonnabend, den 6. Juni, bis Freitag, den 12. Juni 1914.

Branchen	In d. Woche befehligte Arbeiterstellen	Am Wochenanfang vorhandene	
		offene Arbeitsstellen	gemeldete Arbeitslose
Bautischler inkl. Anschläger	76	—	305
Möbeltischler	65	—	362
Maschinenarbeiter	6	—	16
Polierer inkl. Weizer	1	—	13
Drechsler	1	—	7
Sonstige Branchen	—	—	46
Zusammen	149	—	749

Hamburg. (Stod. und Schirmmacher.) Wenn man bedenkt, daß seit der letzten Konferenz im Jahre 1905 bald neun Jahre verstrichen sind, dann kann man über die Notwendigkeit einer neuen Konferenz nicht im Zweifel sein. Der Verband als Ganzes ist ja nicht in der Lage, sich um die Einzelheiten jeder kleineren Branche so zu kümmern, wie es für unsere speziellen Interessen notwendig wäre, denn nicht in jeder Verwaltung sind die Leute vertreten, die die Bedürfnisse und Verhältnisse in der Schirm- und Stodbranche so genau kennen, um über jede Kleinigkeit orientiert zu sein. Da auch nicht jeder Kollege in der Lage ist, die Verhältnisse an den verschiedenen Orten so zu schildern, daß ein klares Bild geschaffen werden kann, deshalb ist es unbedingt nötig, alle paar Jahre eine Konferenz abzuhalten, um Vergleiche über die Fortschritte oder den Rückgang in den verschiedenen Orten zu ziehen und daraus zu lernen, wo die bessernde Hand anzulegen ist. Einige hiesige Fabrikanten berufen sich, trotzdem sie nicht am besten zahlen, gern auf die Konkurrenz, die ihnen auswärts gemacht wird, und es kann nicht immer mit der Würdlichkeit zurückgewiesen werden, wenn man keinen genauen Einblick in die Verhältnisse hat. Die Tarife allein sind auch nicht maßgebend, weil man ja aus ihnen allein die Produktionsverhältnisse und die technischen Einrichtungen nicht erfassen kann. Mancher Fabrikant, der nichts für technische Neuerungen übrig hat und die Arbeit womöglich noch in kleinen Posten vergibt, will auch noch möglichst niedrige Akkordpreise zahlen. Auch die Lebensverhältnisse spielen eine große Rolle, und mancher Kollege, der von einem kleinen Ort nach hier kam, hat manche bittere Erfahrung machen müssen. Wir halten es für sehr angebracht, daß diese Punkte gründlich auf einer Konferenz besprochen werden und dadurch die Kollegen einen Einblick in die Verhältnisse der verschiedenen Orte gewinnen. Die Kosten, die der Verband haben wird, sind in Anbetracht des Zwecks sehr gut angelegt. Eine Konferenz, die ihren Zweck erfüllt, wird in der Folge auch greifbare Resultate zeitigen, dadurch werden auch die Kollegen, die noch beiseite stehen, sich veranlassen fühlen, dem Verbands beizutreten, um an den Erfolgen teilzunehmen zu können.

Offenbach. (Drechsler.) In den Zelluloidfabriken werden hier noch recht niedrige Löhne für geferkte Drechsler bezahlt. So beträgt bei Reich u. Goldmann der Anfangslohn für ältere Arbeiter 40 bis 45 Pf. Der Lohn steigt nicht über 50 Pf. bei 56stündiger Arbeitszeit. Ein 19jähriger Kollege erhielt 32 Pf. Anfangslohn. Bei Schreiner u. Siemers beträgt der Höchstlohn 38 Pf. bei 54stündiger Arbeitszeit. Bei Köhl u. Wangeroth herrscht ein bis in

die kleinsten Details durchgeführtes Akkordsystem, wodurch angeblich den Arbeitern Gelegenheit geboten sein soll, ihr geringes Einkommen zu erhöhen. Selbstverständlich sind auch einige Musterarbeiter vorhanden, welche, wie überall, die bestenlohnenden Artikel erhalten und demgemäß auch einen annehmbaren Verdienst haben. Leider haben unsere Kollegen auch nicht den geringsten Einfluß auf die Preisfestsetzung für die einzelnen Artikel. Die Unternehmer haben sich eine Anzahl selbsterer Kollegen als sogenannte Berater herangebildet, und diese sind für die Preisregulierungen maßgebend. Wenn es den Unternehmern bisher gelungen ist, solche Zustände aufrecht zu erhalten, so haben sie es nur der Interefflosigkeit der Mehrzahl der Arbeiter zu verdanken. Diese wird aus den ungelerten Arbeitern und Arbeiterinnen gebildet, für die nach dem Kartellvertrag der Fabrikarbeiter-Verband zuständig ist. Jedenfalls sind aber auch den übrigen Arbeiterkategorien die Verhältnisse in diesen Betrieben noch nicht schlecht genug, um ernsthaft an deren Verbesserung heranzugehen. Hoffentlich kommen auch die ungelerten Arbeiter und Arbeiterinnen bald zur Erkenntnis ihrer Lage. Zu wünschen ist, daß auch die übrigen zuständigen Organisationen sich dieser Verhältnisse ernster annehmen. Noch schlechter sind die Zustände in der Stadtfabrik Feiler u. Söhne. Leider sind die in diesem Betrieb beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen sehr schwer für die Organisation zu gewinnen, trotzdem sie jede Verbesserung und technische Aenderung mit Wohlgefallen an den Akkordlösen müssen. Hier kann nur größerer Einfluß der Organisation bessernd wirken. Erschwert wird jedes Vorgehen noch dadurch, daß viele Kollegen durch vorherige schriftliche Anfragen beim Unternehmer in Arbeit treten, ohne sich vorher bei ihrer zuständigen Organisation orientiert zu haben. Diese Leute verschwinden dann infolge der schlechten Lohnverhältnisse nach wenigen Wochen wieder. Uns sind auswärtige Kollegen willkommen. Das schriftliche Empfehlen bei den Unternehmern aber muß unterbleiben, denn dadurch fördert man bei den Unternehmern den Glauben, daß sie zu jeder Zeit Ersatz für ihre unzufriedenen Arbeiter haben können. Die Einheimischen aber dürfen in der Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen nicht weiter diese Laubheit an den Tag legen, sonst wird der Tag noch fern sein, wo sie bessere Verhältnisse erwarten können.

Schweidnitz. Die Orgelbauanstalt von Schlag u. Söhne in Schweidnitz genießt Weltruf. Von den dort herrschenden Lohn- und Arbeitsverhältnissen kann das aber nicht gesagt werden. Die Einstellungslohne für Tischler betragen 26 bis 27 Pf. pro Stunde, die Arbeitszeit noch 63 bis 65 Stunden pro Woche. Es wird vorwiegend in Akkord gearbeitet, aber die Akkordpreise bestimmt die Firma allein, und sie sorgt auch weise dafür, daß Ueberverdienste über den Stundenlohn nicht oder doch bei jeder Arbeit nur einmal vorkommen. Zuschläge für Ueberstunden sind hier ein fremder Begriff, es ist sogar nichts Seltenes, daß Kollegen freiwillig Ueberstunden leisten. Solche Zustände sind natürlich nur möglich, weil von den dort beschäftigten ca. 50 Kollegen nur ein kleiner Teil organisiert ist. Wer über schlechte Verhältnisse und über Organisation etwas verlaunten läßt, wird bald hinausgegrault. Es wäre wirklich an der Zeit, daß die unorganisierten Kollegen dieses Betriebes sich ihrer Menschenwürde erinnern, sich dem Deutschen Solzarbeiter-Verband anschließen, und dann solche Zustände, die sich kaum ein Straßenthrer bieten läßt, mit Stumpf und Stiel ausrotten. Nicht das dort übliche Schmarokersystem, sondern nur Einigkeit der Kollegen und erster Wille kann hier Wandel schaffen. Kollegen, welche in diesem Betrieb in Arbeit treten wollen, werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, sich vorher bei der Lokalverwaltung zu erkundigen.

Göhland a. d. Elbe. In bürgerlichen Zeitungen sucht die Holzwarenfabrik von O. Tannert in dem benachbarten Wehrsdorf fortwährend Tischler und Maschinenarbeiter zu hohen Akkordlöhnen. Den vorprechenden Kollegen wird versprochen, daß sie 23—25 Mk. in Akkord verdienen können; beim Arbeitsantritt wird ihnen aber ein Stundenlohn von 23—25 Pf. angeboten, und wer nicht damit einverstanden ist, kann wieder gehen. Herr Tannert scheint zu glauben, daß die Arbeiter von Licht und Waldluft leben können; in seinen Arbeitsangeboten werden nämlich ganz besonders die herrliche Umgebung und schönen Waldwege hervorgehoben. Der Durchschnittslohn der eingerichteten Tischler beträgt nicht einmal 20 Mk. Der höchste Stundenlohn in diesem Betriebe ist 30 Pf. Im allgemeinen lassen die Einrichtungen jeder Art sehr viel zu wünschen übrig. Wir empfehlen darum den Kollegen Vorsicht gegenüber den Arbeitsangeboten. Vor allem mögen sich die Kollegen in diesem Betrieb einmal aufpassen und fest zusammenhalten, um auch hier einmal bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Unsere Lohnbewegung.

In Breslau dauert die Aussperrung in der Waggonfabrik Vinko-Hoffmann-Werke nunmehr bereits 18 Wochen. Seit dem 6. Mai haben die Arbeiter fortgesetzt mit der Direktion verhandelt. Es war zugestanden, daß „Aenderungen an den Akkordpreisen nur vorgenommen werden, wenn sie durch Vereinfachungen, technische und betriebstechnische Verbesserungen oder Maschinenarbeit begründet sind“. Ferner hatte man einen Verdienst von 50 Prozent über den Stundenlohn zugebilligt. Nach dem Wortlaut des Protokolls mußten die Arbeiter annehmen, und auch der Vorsitzende des Gewerbegerichts war der Auffassung, daß mit den getroffenen Vereinbarungen alle Arbeiten gemeint sind. Dem entgegen erklärte die Direktion nachträglich, daß die Zugeständnisse auf die bereits gemachten Abzüge keine Anwendung haben. Am 4. Juni wurde von der Direktion ein Ultimatum gestellt; die Arbeiter sollen sich bis zum 6. Juni erklären, ob sie das Zugeständnisse annehmen wollen oder nicht, im Ablehnungsfalle würden alle gemachten Zugeständnisse zurückgezogen. Die Arbeiter ließen sich dadurch nicht einschüchtern, zunächst machte der Vorsitzende des Gewerbegerichts einen Vergleichsvorschlag, nach dessen Inhalt die Akkordpreise, bei denen noch kein Abzug erfolgt ist, bestehen bleiben sollen. Wo Abzüge erfolgt sind, sollen diese bestehen bleiben, sofern 50 Prozent über den (minimalen) Stundenlohn verdient werden. Dagegen sollten dort, wo man die 50 Prozent nicht erreicht, dementsprechende Verbesserungen stattfinden. Das letztere lehnte die Firma ab.

ab. Und die Bedingungen über die Wiedereinstellung der Streikenden wurden in der Weise verschlechtert, daß die (fremden) Arbeiter, mit denen das Werk betreffs Einstellung in Verbindung steht, in den Betrieb aufgenommen werden, während vorher zugesagt war, bis zum 15. August (allgemein) fremde Arbeiter nicht einzustellen, solange noch Ausständige der betreffenden Berufsart vorhanden seien. Das Ultimatum wurde dann bis zum 8. Juni verlängert. An diesem Tage nahmen die Arbeiter dazu Stellung. In allgemeiner Abstimmung wurde mit 3384 Stimmen die Annahme der „Zugeständnisse“ abgelehnt, nur drei Ausständige haben mit Ja gestimmt. Von unserer Organisation sind insgesamt 477 Stellmacher und Tischler am Kampfe beteiligt. Mit dieser Abstimmung haben die Arbeiter bewiesen, daß sie trotz der langen Dauer entschlossen sind, durchzuhalten. Die Kollegen im Reich können die Ausständigen unterstützen, indem sie den Zuzug fernhalten und vor allen Dingen offene Stellen für Stellmacher nach Breslau mitteilen.

In Burg bei Magdeburg sind nach dem allgemeinen Vertrage am 1. April d. S. 2 Pf. Lohnerhöhung fällig gewesen. Die Firma Peters u. Veltge erklärte jedoch, nichts zahlen zu wollen. Vor die Schlichtungskommission geladen, fand sie sich alsdann doch dazu bereit, entließ aber nach und nach 18 von den 20 Beschäftigten, angeblich weil sie das Geschäft vorläufig einstellen wolle. Mehrere der Entlassenen wurde jedoch mit auf den Weg gegeben: „Gütet ihr verzichtet, dann wäre auch Arbeit vorhanden gewesen.“ Jetzt mit einem Male scheint letztere aber überhaupt vorhanden zu sein, denn es wurden sieben Mann ausgefucht, die zusammen mit den beiden noch nicht Entlassenen vom 8. Juni ab die Arbeit wieder beginnen sollten, allerdings zu um 3 bis 5 Mt. pro Woche herabgesetzten Löhnen. Herr Veltge hat hierfür die Begründung, daß er sämtliche Bedingungen in seinem Betriebe neu regeln wollte, und daß er dabei nichts mehr mit dem Holzarbeiter-Verband zu tun hätte. Er hatte sich das wohl so vorgestellt, daß der Einfluß des Verbandes aufhöre, sobald er seine Mitgliedschaft im Schutzverband aufgäbe. Herr Veltge scheint trotz aller in Burg geführten Lohnbewegungen auf diesem Gebiete noch nichts gelernt zu haben. So hat er denn jetzt in seinem Betriebe den Streik, und es werden alle Tischler, Drechsler, Polierer und Maschinenarbeiter ersucht, etwaigen Arbeitsangeboten der Möbelfabrik Peters u. Veltge die gebührende Beachtung zu schenken.

In Coblenz haben unsere Kollegen gemeinsam mit denen des christlichen Verbandes in den Bau- und Möbelschleifereien Forderungen eingereicht. Verlangt wird die Herabsetzung der Arbeitszeit von 57 auf 55 Wochenstunden und für dieses und nächstes Jahr je 3 Pf. Lohnerhöhung. Die reisenden Kollegen werden deshalb gebeten, das Umhauen zu unterlassen, um nicht dadurch die Aussichten des Erfolges für diese Bewegung zu schmälern.

In Detmold ist es mit der Möbelfabrik Tippische Holzindustrie Gebr. Meier u. Co., Seidenoldendorf, zum offenen Kampf gekommen. Bestand hier in früheren Jahren ein leidliches Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern, so ist dieses heute nicht mehr der Fall, ein Vorgang, der auf die Veräter und Hintermänner der Inhaber zurückzuführen ist. Bereits im Herbst vorigen Jahres wurden die Arbeitsmethoden geändert. Gleichzeitig kam auch die nötige Anzahl Aufseher. Neben der Aenderung sämtlicher Maschinenbeschaffungen wurden weißlackierte Schlafzimmer neu eingeführt. Mit diesen Neuerungen erlitt die Firma aber schwer Schiffbruch. Wurden bisher die Holzgerate von der Maschine aus durch den Tischler meist selbst verarbeitet, so wird dieses jetzt teils durch Maschinenarbeiter, teils durch angelernte Arbeiter vollzogen. Für ein bestimmtes Muster gab es bisher 47,40 Mt. Lohn, durch weitere Vorarbeiten stellte sich der Preis auf 28 Mt., das Angebot der Firma lautet aber auf 16,50 Mt. Bei einem anderen Muster war der bisherige Akkordpreis 22,15 Mt., jetziges Angebot der Firma ist 12,50 Mt., während sich der Unfertigungspreis auf 16,15 Mt. stellt. Auf dieser Basis bewegen sich alle Angebote der Firma, so daß keine Einigung zu erzielen war. So haben die Tischler längere Zeit in Lohn gearbeitet, doch jetzt glaubt die Firma, ihren Willen diktieren zu können. Am 2. Juni wurden nun Betriebseinschränkungen angekündigt. Mit der Hungerpreiße glaubt man die Arbeiter zum Nachgeben zwingen zu können. Schon seit Wochen sind die Meister der Firma jeden Abend auf der Suche nach Heimarbeitern, während in gleichem Atemzuge der Arbeiterchaft im Betrieb erklärt wurde, es sei keine Arbeit vorhanden. Selbst den Kommissionsmitgliedern wurde Heimarbeit angeboten. Die vorhandenen Heimarbeiter sehen jetzt zum Teil auch schon ein, daß für die gebotenen Preise nicht zu arbeiten ist. Als Vorbeugungsmittel versucht der neugebaute Meister Wentker, Vorsitzender des Jünglingsvereins, die Leute gegeneinander auszuspielen. Die Arbeiterschaft hat die größte Geduld an den Tag gelegt. In wochen- und monatelangen Auseinandersetzungen war es ihr nicht möglich, eine Einigung zu erzielen. Einem einzeln kaltstellen, müßte sie jedoch den größten Widerstand entgegensehen. Latenlos zu sehen, wie in einer Zeit der allgemeinen Teuerung die vertraglichen Zulagen um das Doppelte und Dreifache genommen werden sollen, das ist das Letzte was man einer organisierten Arbeiterschaft zumuten kann. So blieb nur der Kampf übrig. Von den Kollegen wird Unterstützung durch Fernhaltung des Zuzuges von Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern erwartet.

In Radeburg, Bez. Dresden, sind die Differenzen bei der Firma C. B. Geißler und Söhne beigelegt. Es wurde mit dem Arbeitgeberverband ein Vertrag abgeschlossen, der bis 15. Februar 1917 läuft. Die Arbeitszeit wird am 1. April 1915 von 55 1/2 auf 54 Stunden verkürzt. Für Tischler wurde ein Lohn von 51 Pf. festgesetzt, welcher in der Vertragszeit bis 55 Pf. steigt. Außerdem wurden die bedürftigen Akkorde entsprechend erhöht, es erfolgt dann den Lohnerhöhungen für Tischler und Furnierer gemäß, ein zweimaliger Aufschlag. Die Akkordpreise für Furnierer wurden um 8 Prozent sofort erhöht. Für Beizer und Bildhauer wurde in der Vertragsperiode ein Aufschlag von 6 Pf., für Maschinenarbeiter von 7 Pf. vereinbart. Dieser erstmalige Abschluß eines Vertrages bedeutet für die hiesige Zunftstelle einen vorläufigen Erfolg, um so mehr, da er auf friedlichem Wege erreicht worden ist. Die Erhaltung dieses Erfolges wird von der Organisation und der Disziplin der Kollegen abhängig sein. In Radeburg stehen die Korbmacher der Stralauer Glashütte in einer Lohnbewegung. Die Firma ist die

Wünsche der Korbmacher mit der Maßregelung von drei verheirateten Kollegen beantwortet und diese Maßnahme noch dadurch verschärft, daß die Betroffenen die Innengebundenen Werkwohnungen schnell räumen müssen. Andere Wohnungen sind aber schwer zu haben. Der Kampf steht aber trotzdem günstig, nur wollen die Kollegen im Reich auf etwaige Streikarbeit für den hiesigen Betrieb, aber auch auf den in Stralau bei Berlin achten.

In Stralburg i. Ost. ist nach hartem, zehn Wochen langem Ringen endlich der Streik der Möbelschreiner erfolgreich beendet. Zum erstenmal haben die Schreiner Stralburgs einen größeren Streik geführt und wir wollen zu ihrem Lobe feststellen, daß von den 270 Streikenden nur einer, der Schreiner Eduard Bilger, zum Streikbrecher geworden ist. Da in den hiesigen Möbelschreinerereien vielfach noch recht altmodische Zustände herrschten, so waren allerdings die von uns gestellten Forderungen für manche der Herren Meister etwas starker Tabak. Dies war wohl auch der Grund, warum sie sich so sehr ihrer Haut wehrten. Viel genügt hat es ihnen allerdings nicht und wir wollen hoffen, daß sie sich nun endlich zu moderneren Anschauungen aufschwingen. Als Erfolg des langen Kampfes können wir vor allen Dingen die allgemeine Einführung des Neunstundentages in den Vorortwerkstätten, wo bis heute noch 9 1/2 bis 10 Stunden gearbeitet wurde, buchen. Der Zuschlag für Ueberstunden beträgt nun 15 Pf., statt bisher 10 Pf. Bisher richtete sich der Minimallohn der Möbelschreiner nach dem Alter. Er betrug für Arbeiter von 20 bis 23 Jahren 47 Pf., für solche von 23 bis 25 Jahren 51 Pf. und für ältere 54 Pf. Nunmehr beträgt der Mindestlohn für über 22 Jahre alte Arbeiter 57 Pf., er steigt im Jahre 1915 auf 58 Pf. und 1916 auf 59 Pf. Für Arbeiter von 20 bis 22 Jahren ist der Mindestlohn auf 51 Pf. bzw. 52 Pf. und 53 Pf. festgesetzt. Alle bestehenden Löhne werden sofort um 2 Pf. erhöht, nächstes Jahr um 2 Pf. und 1916 um 1 Pf., also eine Lohnerhöhung von 5 Pf. in zwei Jahren. Die Akkordlöhne werden sinngemäß um 10 bis 15 Prozent erhöht. Arbeitern, welche die Stellung wechseln, ist auch ein höherer als der Minimallohn garantiert, wenn sie vorher einen höheren Lohn hatten. Ebenso ist bei sämtlichen Akkordarbeiten der Stundenlohn garantiert; was als eine der schönsten Errungenschaften dieses Kampfes bezeichnet werden kann, da über zwei Drittel der hiesigen Möbelschreiner in Akkord arbeiten. Als Abschlag bei Akkordarbeit gilt der vereinbarte Stundenlohn. Bis heute war es üblich, daß der Akkordarbeiter einen Vorstoß erhielt, dessen Höhe der Meister bestimmte, und der bei manchem Meister sehr knapp ausfiel. Eine weitere Neuerung für Stralburg bedeutet auch die Einführung eines Zuschlages für Montagearbeit, obwohl einige Meister nicht verstehen konnten, daß sie für die Montagearbeit noch mehr bezahlen sollten, wo doch bekanntlich am Montag weniger gearbeitet würde. Alles in allem genommen bedeutet dieser Lohnkampf einen schönen Erfolg für die hiesigen Kollegen, und wenn sie alle den Tarif hochhalten, wird es uns jetzt gelingen, geregelte Verhältnisse in Stralburg einzuführen. — Auch die Hamburger Stralburg-Brüderkolonne spielte hier eine heitere Rolle, und unsere Herren Arbeitgeber, welche sich von diesem Herrn Besch e aus Hamburg anschmieren ließen, werden noch lange an diese Räuberbande denken. „Arbeiten wollen die nicht, aber fünfmal essen am Tage und nicht zu knapp.“ Das sagte uns ein Arbeitgeber, der auch auf diese Bande hereingefallen war. In der Mehrzahl waren es Schiffszimmerer, welche sich aber als Spezialisten in französischen Stylmöbel ausgaben. Wir konnten feststellen, daß ein Möbelhändler die von dieser Kolonne fertiggestellten Solletten nicht einmal behalten wollte, trotzdem sie ihm der Meister schenken wollte. Mein mein Lieber, hatte er gesagt, mit solchem Murr will ich mich nicht blamieren. Der Meister benützt nun diese Musterstücke als Kantinenställe. Mögen nun aber auch unsere Kollegen aus diesem Kampfe ihre Lehren ziehen und sich mehr als bisher um das Verbandsleben kümmern, insbesondere darauf achten, daß die Zahl der Unorganisierten immer kleiner werde, so daß alle Mann als eine geschlossene Phalanx dastehen, wenn ein Unternehmer es versuchen sollte, an diesem so mühsam erzwungenen Tarifvertrag zu tippen. Ueber folgende Firmen wird die Sperre verhängt, da sie den Tarif nicht einfließen: Möbelfabrik Meyer, Eugen Hils, Mollenqasse; Arnald, Johann, Neudorf; Jaquemin, Schiltigheim und Holzbearbeitungsfabrik Sauer, Mühlentapf.

In Stuttgart dauert der Streik in den Karosseriefabriken Reutter u. Co. und Christ. Auer nunmehr bereits 10 Wochen. Ein Abschluß dürfte auch in absehbarer Zeit kaum möglich sein, nachdem die gepflogenen Verhandlungen mit dem Verband der Metallindustriellen gescheitert sind. Die Arbeitgeber weigern sich nach wie vor die gekündigten Verträge zu erneuern. Die Festsetzung von Mindestlöhnen wird von ihnen jetzt grundfänglich bekämpft. An Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung ist nach Ansicht der Unternehmer erst recht nicht zu denken. Dagegen soll den Arbeitern die Akkordarbeit nebst einer Reihe Verschlechterungen der seitherigen Arbeitsverhältnisse auferlegt werden. Dieses Verhandlungsergebnis haben unsere Kollegen einmütig abgelehnt und die Fortsetzung des Streikes beschlossen. Beide Firmen lassen sich die Niederknüppelung ihrer seitherigen Arbeiter ein schönes Stück Geld kosten. Wohl zum ersten Male bedienen sich hiesige Arbeitgeber hierzu der Hilfe der sogenannten „Singeardisten“, die sich den schön klingenden Namen „Rationale Gewerkschaftler“ zugelegt haben. In Berlin und Hamburg wurden ganze Kolonnen dieser nützlichen Elemente angeworben und in den Fabriken einquartiert. Während die Firmen ihren seitherigen Arbeitern die Lohn- und Arbeitsverhältnisse verschlechtern wollen, werden die Herren Arbeitswilligen geradezu großartig entlohnt. Sie erhalten bei Reutter u. Co. nebst freier Kost und Logis einen Wochenlohn von 28 Mt., bei Auer sogar einen solchen von 36 Mt. Für diesen Preis haben die lieben Arbeitswilligen unseren streikenden Kollegen schon viele Scherereien, aber auch manche vergnügte Stunde bereitet. Kaum vergeht ein Tag, an dem in den Betrieben nicht etwas Neues los wäre. Beide Firmen wurden von den Herren der „Nationalen Gewerkschaften“ wiederholt auf dem Gewerkegericht wegen rückständiger Löhne verklagt. Die Umgangsformen dieser Singebüder in den Betrieben sind übrigens recht nette. Das scheint besonders Herr Auer zu fühlen, denn er hat seine Fabrikfenster mit alten Säden und den Fabrikbeingang nach Art eines Zirkus mit großen Leinwandluchern verhängen lassen. Hin und

wieder bringt aber doch einiges ans Tageslicht. So haben die Arbeitswilligen bei Auer ihrem Vorgesetzten nicht nur allerlei Schmeicheleien gesagt, sondern ihm auch nicht zu knapp in sein liebliches Gesicht gespußt. Viel intimer entwidelt sich der Verkehr dieser „Nichttrauer-Kolonnen“ bei Reutter u. Co. Sie liegen im Betrieb auf Strohsäcken dicht nebeneinander gereiht und vergnügen sich mit allerhand Spielereien. Borige Woche soll einer von ihnen das Lieblingsspiel „Philipp Eulenburgs“ gespielt haben, das bekanntlich durch § 176 des Strafgesetzbuches mit Strafe bedroht ist. Selbst Lohnbewegungen haben die Herrschaften schon in Szene gesetzt. Bei Reutter u. Co. haben sie sogar mit Erfolg gestreikt und dadurch ihre Wochenlöhne von 28 auf 30 Mt. erhöht. Diese kleinen Beispiele zeigen, daß die Herren Streikbrecher alles tun — nur nicht gerne arbeiten. — Die Firmen machen deshalb immer wieder verzweifelte Anstrengungen, in ganz Deutschland sowie in Oesterreich und der Schweiz tüchtige Kastenmacher anzumerben. Wir ersuchen die Kollegen dringend, darauf zu achten, daß kein brauchbarer Karosseriearbeiter bei den bestreikten Firmen in Arbeit tritt. Der Zuzug von Holzarbeitern, Metallarbeitern, Malern und Lackierern ist nach wie vor streng fernzuhalten.

Aus der Holzindustrie.

Sind unsere Tarifverträge Stempelsteuerpflichtig?

Diese Frage ist schon wiederholt aufgeworfen worden, doch wurde eine erschöpfende und vor allem eine klare Antwort darauf noch nicht gegeben. Nun ist diese Frage auch für unsern Verband brennend geworden. Das Königl. Stempel- und Erbschaftsteueramt, Abteilung 7 in Berlin, hat unterm 6. Juni folgendes Schreiben an unsern Verbandsvorstand gerichtet:

Gemäß § 31 Absatz 4 des Preussischen Stempelsteuergesetzes vom 28./30. Juni 1909 erlaube ich, binnen einer Woche die Besteuerung der vom Verbands abgezeichneten Tarifverträge durch Vorlegung der Vertragsurkunden an hiesiger Amtsstelle, Werkstr. 8, Zimmer 6, nachzuweisen. Die Verträge sind nach Tarifstelle 71^a a. a. O. mit je 3 Mt. Stempelsteuerpflichtig.

Die preussische Staatsverwaltung bringt, wie man sieht, unserm Verband ein lebhaftes Interesse entgegen, nur schade, daß sich dieses Interesse in einer für den Betroffenen so wenig angenehmen Weise äußert. Wenn der Anspruch des preussischen Steuerfiskus berechtigt wäre, dann würde damit unserer Verbandskasse ein ganz netter Schröpfkopf angelegt. Da wir aber für unsere Verbandsmitglieder eine bessere Verwendung wissen, als den preussischen Var damit zu stillern, wird sich unsere Verbandsleitung bemühen, den Angriff des Steuerfiskus abzuwehren. Ob diese Bemühungen Erfolg zeitigen werden, läßt sich schwer beurteilen, denn es handelt sich hierbei um eine Materie, die noch wenig geklärt ist. Unter den Gesetzeskundigen herrscht über die Auslegung der hier in Frage kommenden Tarifstelle des preussischen Stempelsteuergesetzes noch sehr erhebliche Meinungsverschiedenheiten.

Es sei bei dieser Gelegenheit daran erinnert, daß im Jahre 1910, nach Abschluß des Tarifvertrages für das Baugewerbe, der Arbeitgeberbund für das deutsche Baugewerbe eine Entscheidung des Finanzministeriums über die Stempelsteuerpflicht des Vertrages provoziert hat. Damals hat das Finanzministerium erklärt, daß der „Hauptvertrag“ der Steuer nicht unterliege, weil ihm eine protokolllarische Erklärung angefügt ist, die besagt: „Mit dem Ausschluß des Rechtsweges soll nach den übereinstimmenden Erklärungen der Parteien auch die Geltendmachung irgendwelcher vermindertes rechtlicher Ansprüche aus dem Vertrage ausgeschlossen sein.“ Der „Vertrag“ allein enthält aber eine solche Bestimmung nicht, deshalb unterliege er dem allgemeinen Vertragsstempel von 3 Mt. nach Tarifstelle 71^a des Stempelsteuergesetzes.

Diese Entscheidung des Finanzministeriums ist von ernsthaften Sozialpolitikern entschieden bekämpft worden. Zunächst ist schon die Anwendung der angezogenen Tarifstelle des Stempelsteuergesetzes bedenklich, denn sie betrifft die Tarifverträge gar nicht; diese sind im ganzen Stempelsteuergesetz unberücksichtigt gelassen, und die Steuerbehörde hat nur durch eine etwas gekünstelte Auslegung ihre Stempelsteuerpflicht entdeckt. Wichtigter als dieses Moment ist aber die Begründung, welche das Finanzministerium für die Steuerfreiheit des „Hauptvertrages“ im Baugewerbe gegeben hat. Dadurch wird es geradezu gefördert, die Rechtsverbindlichkeit der Verträge durch eine besondere Klausel auszuschließen. Die „Soziale Praxis“ (XX. Jahrgang Sp. 267) hat ihre Betrachtungen über die Stellungnahme des preussischen Finanzministeriums mit folgenden Sätzen geschlossen: „Entweder soll man alle Tarifverträge für steuerpflichtig erklären, mittels eines Nachtrags zum Stempelsteuergesetz, oder aber es bei der bisherigen Steuerfreiheit lassen. Eine Ausnahmebehandlung zugunsten der Tarifvertragsparteien, die für das, was sie vereinbaren, nicht mit ihrer vollen Verantwortung eintreten wollen, ist sehr bedenklich.“

Eine völlig klare Entscheidung darüber, ob und welche Tarifverträge stempelsteuerpflichtig sind, gibt es bis jetzt nicht, und so wird auch unser Verband genötigt sein, im Verwaltungsverfahren feststellen zu lassen, ob für seine Verträge die Stempelsteuer mit Recht gefordert werden kann. Daß es ein besonderer Ruhmestitel für die preussische Verwaltung ist, durch gekünstelte Auslegung des Stempelsteuergesetzes von den Gewerkschaften in ihrer Eigenschaft als vertragsschließende Parteien einen besonderen Tribut zu verlangen, kann man gerade nicht behaupten. Dagegen paßt dieses Vorgehen völlig zu den Bestrebungen, die darauf abzielen, die Gewerkschaften nach Möglichkeit zu schikanieren.

Der konstitutionelle Fabrikant, Herr Heinrich Freese, Besitzer einer Jalousie- und Holzplasterfabrik in Niederschönhausen bei Berlin, macht wieder von sich reden.

Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß sein vielgerühmtes „konstitutionelles“ Fabrikssystem im Grunde nichts ist als ein durch verschiedene Wohlfahrtsrichtungen verführter Fabriksdespotismus. Das bestätigt Herr Freese jetzt selbst in einem in der „Deutschen Industrie“ veröffentlichten Artikel, der einiges Aufsehen erregt hat; auch die „Fachzeitung“ hat ihn abgedruckt, ohne sich übrigens seine Gedankengänge völlig zu eigen zu machen. In dem „Neuen Mittel“ gegen die Sozialdemokratie“ überschriebenen Artikel bekennt sich Herr Freese als Mitglied des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Er ist dort in eine seine Gesellschaft geraten und man muß zugeben, daß er sich ihrer würdig zeigt.

Herr Freese tritt für ein Polizeigesetz gegen Streikposten ein. Von Strafgesetzen verspricht er sich nicht viel, ein Zeichen für seine Klugheit. Gesetze gegen Streikposten können, wenn man sie nicht offen als Ausnahmegeetze gegen die Arbeiter schaffen will, schwerlich so formuliert werden, daß sich nicht auch die Unternehmer in ihre Schlingen verfangen. Die Polizei weiß sich da besser zu helfen. Den Hauptwert legt der „konstitutionelle“ Herr Freese aber auf die Unterstützung der „nationalen“ Arbeiterbewegung. Er beruft sich auf die Rezepte, die der abgehalfterte Bismarck zur Vernichtung der Sozialdemokratie von sich gegeben hat. Wie Bismarck die Ansicht vertreten hat, daß der Staat berechtigt sei, seine Angehörigen nach ihrer politischen Ueberzeugung zu fragen und sich danach zu richten, so soll auch der Unternehmer sich um die Organisationszugehörigkeit seiner Arbeiter kümmern.

In die Freese'sche Werk-„Verfassung“ (man wolle nicht vergessen, daß Herr Freese eine „konstitutioneller“ Monarch in seinem Betriebe ist) besteht die Bestimmung, daß jeder Arbeiter, der einer Organisation angehört, dies anzugeben hat; jede Aenderung der Verbandszugehörigkeit ist binnen einer Woche im Kontor zu melden. Wer unrichtige Angaben macht, wird entlassen. Die liberalen Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine und die christlichen Gewerkschaften waren immer hübsch brav gegen Herrn Freese, die Gewerksvereine haben sogar in einem ihrer führenden Blätter die Freese'sche Fabrik „als erstrebenswertes Ziel, als einen Leitstern hingestellt“. Zur Belohnung für sozial Brautheit werden auch Angehörige dieser Verbände bei der Einstellung bevorzugt. Noch lieber sind ihm natürlich Gelbe. Den Werkvereinen steht Herr Freese sehr sympathisch gegenüber, sein eigenes System der Arbeiterauschüsse, durch welches die Arbeiter seines Betriebs völlig von ihren Berufsgenossen in anderen Betrieben isoliert werden, hält er jedoch für das Ideal einer Arbeiterorganisation. Auf der anderen Seite werden Mitglieder einer freien Gewerkschaft ohne Gnade hinausgeworfen. Das ist im wesentlichen das Programm des „konstitutionellen“ Fabrikanten Freese. Mit diesem Programm zieht er, ein moderner Ritter St. Georg aus, den Drachen Sozialdemokratie zu erlegen. Er wird aber damit schwerlich mehr Glück haben als sein Vorbild Bismarck, der sich an diesem Granit die Zähne ausgebissen hat.

Christliche Streikbrechervermittlung. Auf die christlichen Agitationsmethoden werden die nachstehenden Schriftstücke, die uns dieser Tage zugesandt wurden, ein bezeichnendes Licht. Das erste ist ein in Maschinenschrift vervielfältigtes Zirkular mit dem Briefkopf: Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands, Köln (Rhein), Bellerwall 9. Fernsprecher B 1746, Postfachkonto 7718. Der Text lautet:

Köln, den 9. Mai 1914.

An die Ortsverwaltung.
Werte Kollegen!

Wie uns unsere Ortsverwaltung in Dortmund mitteilt, werden in der Waggonfabrik Union-Dortmund Stellmacher gesucht.

Wenn Kollegen dort sind, die keine Arbeit haben oder sich verändern wollen, können sie sich ja an unsere Ortsverwaltung in Dortmund, den Kollegen Fritz Hille, Dortmund, Westtorbleichstraße Nr. 64, wenden.

Besten Gruß

Ch. Weyers.

Das zweite Schreiben trägt kein Datum, doch ergibt sich aus dem Inhalt, daß es ungefähr gleichzeitig geschrieben wurde. Es lautet:

Werte Kollege!

Die Waggonfabrik „Regina“ in Magdeburg, die Kasseriefabrik Reuter in Stuttgart und die „Union“ in Dortmund stellen gegenwärtig Stellmacher, Kastenmacher und Kastenheifer ein.

Wende Dich bitte an die Ortsverwaltung der betreffenden Zehlfabrik, welche Dir nähere Auskunft geben kann.

Besten Gruß

Ch. Weyers.

Die Firma Kiefernagel, Wagen- und Kasseriefabrik in Brühl bei Köln hat heute morgen gemeldet, daß ein Kastenmacher sofort anfangen könne.

Aus diesen Briefen geht zunächst hervor, daß der Vorstand des christlichen Holzarbeiterverbandes, dessen Angehöriger der Verfasser dieser Briefe ist, der Arbeitsvermittlung große Aufmerksamkeit zuwendet und bemüht ist, seine Mitglieder in offene Stellen unterzubringen. Daraus machen wir ihm selbstverständlich keinen Vorwurf. Dagegen müssen wir es anrathen, daß dieser Eifer so weit geht, auf solchen Wege auch Arbeiter für Betriebe zu vermitteln. Ob in den übrigen, in den Briefen genannten Betrieben Differenzen bestehen, können wir im Augenblick nicht feststellen, aber in der Kasseriefabrik Reuter in Stuttgart tobt zurzeit ein heftiger Kampf. Das müßte auch der Vorstand des christlichen Verbandes wissen, ist doch sogar ein Mitglied des christlichen Holzarbeiterverbandes an dem Streit beteiligt.

Was dem Bericht an anderer Stelle dieses Blattes geht hervor, daß in der Fabrik von Reuter die berufsmäßigen Ausschüsse ihre Schritte geben, und diesen Elementen Mitglieder des christlichen Verbandes seine eigenen Mitarbeiter zugeordnet. Wir begnügen uns für heute damit, diese Tatsache niedriger zu hängen, und sind gespannt darauf, welchen Erfolg der christliche Verband in diesem Fall anwenden wird, um sich herauszureden.

Wöhe, Wöhe! Wir haben schwere Schuld auf uns geladen. Unter Außerachtlassung allen Respektes, auf den er Anspruch zu haben glaubt, haben wir Herrn Rechtsanwalt Krieger, dem Geschäftsführer des Arbeitgeber-Schutzverbandes, etwas unfaust auf die Fülße getreten. Unsere Antwort auf die ziemlich norwichtige Frage, die er in der „Fachzeitung“ an uns gerichtet hat, hat seinem empfindsamen Herzen wehe getan, und er operiert mit der schon etwas sehr abgedroschenen Phrase, daß der, der Unrecht habe, schimpfe. Er, der Herr Syndikus Krieger, bleibe aber sachlich, denn er fühle sich im Recht. Warum auch nicht? Es gehört doch wohl zum Beruf des Rechtsanwalts, sich immer im Recht zu fühlen.

Die Redaktion der „F a c h z e i t u n g“ hat die Freundlichkeit, Herrn Krieger zu bestätigen, daß er völlig im Recht sei und daß die „Holzarbeiter-Zeitung“ eigentlich Unfug hätte, Miße zu tun in Sach und Sache. Besonders die Auffrischung der Erinnerung an Auseinandersetzungen, die wir in früheren Jahren mit der Redaktion der „Fachzeitung“ zu führen hatten, hat uns völlig zerrützt. Wir erinnern uns tatsächlich, damals unserm Gegner sehr wehe getan zu haben, müssen aber gestehen, daß wir in unseres Herzens Noosheit nicht eine Spur von Reue empfinden. Wir haben damals nach dem bewährten Grundsatz gehandelt: „Auf jeden Schelm an derthalbe“ und damit erreicht, die „Fachzeitung“, um ihre eigenen Worte zu gebrauchen, von der Methode zu kurieren, „das persönliche Moment an Stelle der sachlichen Auseinandersetzungen zu schieben.“

Dem empfindsamen Herrn Krieger, und belläufig auch seinem ritterlichen Beschützer, möchten wir übrigens zu erwägen geben, ob die von ihm beliebte Methode, sich bei den Lesern der „Fachzeitung“ ins rechte Licht zu rücken, wirklich dem gewollten Zweck entspricht. Wer polemische Artikel mit seinem Namen zeichnet, fordert damit eine Kritik heraus, die sich notwendig gegen den Verfasser richten muß und nicht gegen das unpersonliche Wort. Man kann es ja schließlich verstehen, daß der Drang berührt zu werden bei manchen Herren so stark ist, daß sie darüber alle Vorurteile vergessen, aber dann müssen sie auch lernen, die Konsequenzen zu ertragen. Das Heilmittel über den schlechten Ton des Gegners, von dem man Prügel bezogen hat, wirkt immer komisch.

Auf die Dinge selbst noch einmal näher einzugehen, die in dem Frage- und Antwortspiel zwischen Herrn Rechtsanwalt Krieger und uns berührt wurden, liegt im Augenblick keine Veranlassung vor. Doch wollen wir diese Gelegenheit benützen, um mitzuteilen, daß der Danziger Streikfall die Zentralvorstände inzwischen noch einmal beschäftigt hat. Wie nicht anders zu erwarten, wurde der Spruch der Danziger Schlichtungskommission, insoweit, als er sich auf die Festlegung der Arbeitszeit bei der Firma Scheffler bezieht, wiederum bestätigt. Durch die Aussprache wurde aber auch erneut festgestellt, daß die Vorstände übereinstimmend auf dem Standpunkt stehen, daß die Arbeitgeber nicht berechtigt seien, Fragen, deren spezielle Regelung der Vertrag offen läßt, durch ein einseitiges Diktat zu lösen.

Im Danziger Vertrag ist die Arbeitszeit auf 55 Stunden wöchentlich festgelegt, und über die tägliche Arbeitszeit ist gesagt, daß sie an allen Wochentagen möglichst gleich sein und nicht vor 6 Uhr morgens beginnen und nicht nach 6 Uhr abends dauern soll. Aus dem Spruch der Schlichtungskommission in dem Fall Scheffler hatten, begünstigt durch eine Erklärung des Unparteiischen, die Arbeitgeber den Schluß gezogen, daß sie allein berechtigt sein sollen, innerhalb der vertraglichen Grenzen Beginn und Schluß der Arbeitszeit zu bestimmen. In der erneuten Verhandlung der Zentralvorstände haben die Vertreter des Arbeitgeber-Schutzverbandes in bezug auf den Fall Scheffler eine Erklärung nicht abgegeben. Das war auch nicht mehr nötig, nachdem ausdrücklich festgestellt war, daß der seitherige Grundsatz, wonach in solchen Fällen eine Verständigung zwischen den Parteien herbeizuführen ist, und wenn eine solche nicht gelingt, die Schlichtungskommission zu entscheiden hat, unverändert bestehen bleibt.

Gewerkschaftliches.

Der Gärtnerverband konnte in diesen Tagen auf sein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Er datiert seinen Ursprung von dem ersten Kongreß der deutschen Gärtnergehilfen, der am 8. und 9. Juni 1889 in Hamburg abgehalten wurde. Schon im Jahre 1872 war ein deutscher Gärtnerverband gegründet worden, der sich aber in der Hauptsache mit der Fachbildung beschäftigte und darüber die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen vernachlässigte. Infolgedessen wurden an verschiedenen Orten lokale Fachvereine gegründet. Der bedeutendste dieser Vereine, der Hamburger, gab auch ein Fachblatt, die Anfang 1889 gegründete „Deutsche Gärtnergehilfen-Zeitung“ heraus. Hier wurde auch die Anregung zu dem Kongreß gegeben, an welchem Vertreter aus 16 Orten teilnahmen. Das Ergebnis war die Gründung des „Zentralvereins der deutschen Gärtner“. Der Verein nahm zunächst einen schönen Aufschwung. Noch im Gründungsjahr wurde ein Streik in Erfurt geführt. Im folgenden Frühjahr gabe es bedeutende Ausstände in den wichtigsten Orten. Aber die Begeisterung flaute sehr schnell ab. Von den 2000 Mitgliedern gingen die meisten wieder verloren; die Mitgliederzahl ging in den folgenden Jahren bis auf 500 herunter. Erst im Jahre 1903 setzte ein neuer Aufschwung ein. Zum 1. Januar 1904 erfolgte die Verschmelzung mit dem Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein, mit welchem der Zentralverband bisher in scharfer Feindschaft gelegen hatte. Seither hat sich der „Allgemeine Deutsche Gärtnerverein“, wie die Organisation offiziell heißt, recht gut entwickelt, er zählt jetzt etwa 7500 Mitglieder. Durch eine Reihe von Lokalkämpfen und den Abschluß von Tarifverträgen hat er bewiesen, daß er es versteht, die Interessen der Berufsangehörigen wirksam wahrzunehmen. Hoffentlich gelangt es ihm, diese in noch höherem Maße für die Organisation zu interessieren, wodurch der Verband in die Lage versetzt wird, seine Aufgaben um so nachdrücklicher zu erfüllen.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen zählte zu Beginn des laufenden Jahres 11259 männliche und 13509 weibliche, zusammen also 24768 Mitglieder gegen 18269 im Jahre vorher. Von dem erzielten Zuwachs entfallen allerdings 1070 Mitglieder auf den übergetretenen Lagerarbeiter-Verband. Immerhin stellen die überstehenden

3350 neuen Mitglieder einen recht erfreulichen Gewinn dar. Der Verband könnte allerdings noch ganz erheblich stärker sein, wenn alle im Handelsgewerbe tätigen Söhne und Töchter aus Arbeiterfamilien sich dieser freien Gewerkschaft anschließen wollten. Der Verband zahlte im Jahre 1913 an Unterstützungen 42382 Mk. und schloß das Jahr mit einem Vermögen von 217561 Mk. ab. Die Verhandlungen über die Verschmelzung mit dem berufsverwandten Verband der Büroangestellten haben bisher noch zu keinem Ergebnis geführt. Diese Frage wurde auch auf dem vom 19. bis 21. Mai in Hannover abgehaltenen Verbandstage der Handlungsgehilfen wieder eingehend erörtert. Dabei ergab sich, daß die Handlungsgehilfen im allgemeinen Freunde einer Verschmelzung sind, während die Leitung des Büroangestelltenverbandes die Zeit dazu noch nicht als gekommen betrachtet und eher einer Organisation sämtlicher Privatangehörigen zuneigt. Beschlossen wurde, den Abschluß eines Kartellvertrages zu erwägen, um dadurch die bestehenden Grenzstreitigkeiten zu regeln. In der Arbeitslosenfrage sprach sich der Verbandstag für die öffentliche Arbeitslosenversicherung und die paritätische Stellenvermittlung aus.

Der Textilarbeiter-Verband hielt vom 18. bis 23. Mai in Dresden eine Generalversammlung ab. Der Verband hat im letzten Jahre einen erheblichen Mitgliederverlust erlitten, der allerdings ausschließlich auf die Winderbeschäftigung der Betriebe zurückzuführen ist. Die Mitgliederzahl sank von 142684 zu Ende 1912 auf 138979 zu Ende 1913. Dabei hat aber die Unterstützung der Arbeitslosen erhebliche Anforderungen an die Kasse des Verbandes gestellt. Da eine allgemeine Beitragserhöhung nicht möglich erschien, empfahl der Vorstand den Ortsgruppen, den Beitrag durch lokale Zuschläge möglichst auf 40 Pf. die Woche zu bringen. Zur Organisation der Hausweber in Oberfranken hat allerdings der Vorstand diesen einen Beitrag von nur 20 Pf. gestatten müssen, wofür ihm nachträglich die Zustimmung erteilt wurde. Die Generalversammlung sprach sich für ein entschiedenes Eintreten für Verkürzung der Arbeitszeit in den Fabriken aus. Dabei soll mit Rücksicht auf die in der Zahl überwiegender weiblichen Arbeitskräfte der freie Sonnabendnachmittag erstrebt werden. Bei Lohnbewegungen soll künftig für den Eintritt in die Bewegung und deren Fortsetzung die Zustimmung von zwei Drittel der in Betracht kommenden Verbandsmitglieder bei geheimer Abstimmung erforderlich sein. Die beantragte Schaffung eines Aktionsausschusses als Bindeglied zwischen Vorstand und Mitgliedern wurde abgelehnt, dagegen wurden in einer Resolution die bestehenden Gauleiterkonferenzen offiziell festgelegt. In diesen nehmen mit beschließender Stimme die Gauleiter, die Redakteure und die Mitglieder des Zentralvorstandes teil. Zur Zuständigkeit dieser Konferenzen, die nach Bedarf stattfinden sollen, gehören: Agitationsfragen, Lohnbewegungen und innere Verbandsangelegenheiten.

Die Arbeitslosenunterstützung im Steinarbeiter-Verband. Nachdem im Vorjahre der Bauarbeiter-Verband die Einführung der Arbeitslosenunterstützung beschlossen hat, müssen sich nun auch die verwandten Berufe mit dieser Frage ernsthaft befassen. Im Steinarbeiter-Verband liegen allerdings die Verhältnisse besonders schwierig. Die überwiegende Mehrheit seiner Mitglieder wohnt auf dem platten Lande, wo die Arbeitslosigkeit weniger lange dauert, dafür aber die Entlohnung oft recht niedrig ist, was sich für die notwendige Beitragshöhe als schwierig erweist. Dann stellen die Italiener einen Teil der Berufsgenossen. Diese aber reisen nach der sommerlichen Saison zumeist in die Heimat zurück und haben somit von der Unterstützung wenig Vorteil. Durch die zunehmende Verwendung von Beton und Kunststein wird der Steinhauer immer mehr verdrängt und die Perioden der Arbeitslosigkeit werden für ihn länger. Der Vorstandsvorschlag auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung war deshalb in den Mitgliederkreisen mit gewissen Gefühlen aufgenommen worden. Der Verbandstag, der vom 18. bis 23. Mai in Dresden stattfand, entschied sich aber mit großer Mehrheit für die Einführung, und zwar in der Form der Erwerbslosenunterstützung. Diese soll in allen Beitragsklassen gleichmäßig pro Tag 1 Mk. betragen. Dagegen steigt die Bezugsdauer mit der Länge der Mitgliedschaft von 36 Tagen nach einem Jahr auf 72 Tage nach vier Jahren. Der Bezug beginnt mit dem vierten Tage der Erwerbslosigkeit. Nach der Aussteuerung beginnt die neue Bezugsberechtigung nach 46 Beitragswochen. Zur Deckung der Mehrkosten wurde der Wochenbeitrag um 10 Pf. erhöht, er beträgt nun 30 Pf. für jugendliche und weibliche Mitglieder, die nur die halben Unterstützungsfähigkeit beziehen, und 40, 50, 60 und 70 Pf., je nach Verdiensthöhe für männliche Mitglieder. Doch muß jedes Mitglied im Jahre mindestens 46 Beiträge entrichten. Im Falle der Erwerbslosigkeit dürfen für die verbleibenden sechs Wochen Marken zu 20 Pf. geteilt werden. Der Bezug der neuen Unterstützung beginnt im Juli 1915. Auf diesem Verbandstage wurde auch die Verschmelzungsfrage wieder angeschnitten und der Vorstand mit der Erwägung des Anschlusses an den Bauarbeiter-Verband beauftragt.

Technisches.

Die Organisation eines Tischlereibetriebes ist eine Kunst, die man nicht auf der hohen Schule, sondern nur in jahrelanger Werkstattpraxis lernt. Direktor Schmidt von den Deutschen Werkstätten für Handwerkskunst in Hellaun, der im Juniheft des „Fachblatt für Holzarbeiter“ über diese Frage schreibt, verlangt, daß der Organisator eines solchen Betriebes mindestens einschließlich der Lehrzeit sechs Jahre praktisch gearbeitet haben müsse, um nur einigermaßen den Beruf zu umfassen. Er schildert dabei auch, wie eine erfolgreiche Lehre aussehen muß und wie die deutschen Werkstätten ihre Produktion leiten ohne Kontrollmarken und dergleichen, obgleich auch dort „mit Wasser gefoch“ werde. Anschließend berichtet der Dresdener Holzchemiker Dr. Kleinstrück, wie gerade dieser Betrieb erfolgreich in der Holzbehandlung vorgegangen ist und wie auch anderweit es schon gelungen ist, die natürliche Farbe des Holzes durch den ganzen Stamm zu verändern. An konstruktiven Arbeiten bringt O. Winkelmüller das Bildard, dessen Zusammenbau er in seinen Zeichnungen zerlegt. Er zeigt dabei die Zusammensetzung von Bande und Bandenrahmen und die Vorrichtungen der sogenannten Tischbillards zum Stellen der

Platte auf Tischhöhe. Die Artikelserie über die Herstellung und das Anschlagen der Falouisen findet ihren Schluß, während eine weitere Arbeit über die Entfernung alter Anstrichschichten Ausrüstung über die verschiedenen vorhandenen Möglichkeiten gibt.

Das Fachblatt für Holzarbeiter erscheint am 15. jedes Monats und ist von allen Postanstalten, Buchhandlungen sowie direkt von der Expedition Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2, für 1,20 Mk. im Vierteljahr zu beziehen. Verbandsmitglieder zahlen bei Bezug durch die Zahlstellenverwaltungen nur 1 Mk. Einzelhefte werden mit 50 Pf. berechnet. Die bereits erschienenen Hefte dieses Jahrganges können noch nachgeliefert werden.

Eingefandt.

Die geschlagene Branche der Korbmacher.

Es ist fast sprichwörtlich geworden, daß der geschlagene Arbeiter in der Korbmacherbranche ein "geschlagener" Arbeiter ist. Seit Jahren sind die organisierten Korbmacherkollegen an der Arbeit, die jämmerlichen Löhne aufzubessern. Doch wie wenig ist es gelungen. Gewiß muß zugegeben werden, daß die Lohnverhältnisse in den letzten Jahren immerhin gestiegen sind, aber doch ist die Differenz der Löhne gegen andere Korbmacherarten die gleiche geblieben. Vor länger als zehn Jahren erschien eine Broschüre: "Ein Schritt vorwärts zur Besserung der Notlage der Korbmacher." Schon seit dieser Zeit ist es den Kollegen, hauptsächlich der geschlagenen Branche klar, daß ihre Lage keine heilsamerwerte ist. Es sind lokale Streiks in der geschlagenen Branche in mehreren Orten gescheitert worden, ein durchschlagender Erfolg wurde aber selten erzielt. Meistens waren es Teilerfolge. Gegenwärtig machen sich Bewegungen bemerkbar, die auf ein geschlossenes Vorgehen aller hauptsächlich in Betracht kommenden Orte der geschlagenen Branche hinzelen. Dies wäre wohl zu begrüßen. Der Durchführung stehen aber bedenkliche Hindernisse im Wege, die in erster Linie in der mangelhaften Organisation gerade dieser Arbeiter liegen. Es muß versucht werden, die Organisationsfähigen in den Heimarbeitorten dafür zu gewinnen. Am Versuchen hat es auch nicht gefehlt, die auch Erfolge hatten. Ein planmäßiges Vorbereiten unter Leitung des Zentralvorstandes dürfte erfolgversprechend sein. Eine durchgreifende Organisierung der wesentlichen Orte muß die erste Aufgabe sein, wenn auf diesem Gebiete ein Schritt nach vorwärts gemacht werden soll. Man denke nur an die überaus schlechten Arbeitsstätten, die namentlich in dieser Branche in den kleinen Industriezentren angeordnet sind. Die Lungenkrankheiten der Korbmacher, die in manchen Orten in erschreckender Zahl auftreten, sind Folgen schlechter Werkstätten und der Unterernährung. Dabei erfordert gerade die geschlagene Branche eine intensive Arbeitskraft, will der Kollege das Notdürftigste verdienen. Man sehe sich nur das Verhältnis in Orten an, wo neben der geschlagenen Branche die Gestaltarbeit Platz gegriffen hat. Der Unterschied an den Löhnen tritt klar zum Vorschein. Auch ist die Zeit der Lehrjahrszählerei in der geschlagenen Branche vorbei, ein deutliches Zeichen des Niederganges. Immer mehr gehen die "geschlagenen" Korbmacher, soweit sie keinen Platz in anderen Zweigen der Korbmachererei mit besseren Lohnverhältnissen finden, von ihrer bisherigen Beschäftigung ab und nehmen, soweit es ihre körperliche Veranlagung gestattet, andere Arbeiten an, wo ihnen angemessene Entschädigung für ihre Arbeitskraft winkt. Das sind in kurzen Worten die jetzigen Merkmale der Arbeiter in der geschlagenen Branche. Die Situation ist nicht ungünstig. Arbeiten wir gemeinschaftlich und mit vollen Kräften, unsere schlechte Lage zu bessern, denn wir haben auch ein Recht darauf.

Gustav Raumann, Mühlberg.

Der Mustertarif für die Bürstenmacher.

Die Zentralkommission der Bürsten- und Pinselmacher hat dem Wunsche der letzten Konferenz, einen Mustertarif herauszugeben, Rechnung getragen. Durch diesen Tarif wird den Kollegen im Lande der Weg gezeigt, wie die Lohnverhältnisse zu bessern sind. Bei allem guten Willen der Zentralkommission, etwas Durchgreifendes zu schaffen, muß gesagt werden, daß die Anhaltspunkte für eventuelle Lohnbewegungen ungenügend sind. Eine tarifliche Aufstellung für die Bohrer, die Saarschlichter, die Hölzer- und Pinsel-fabrikation fehlt vollständig. Dabei sind die Spezialbetriebe, Zellulosebürstenfabriken und die Maschinenarbeit unerwähnt geblieben. Und doch muß gesagt werden, daß in diesen vorgenannten Zweigen die Akkordarbeit vorherrscht. Bis die gesamte Maschinenarbeit in unserem Berufe in Lohn ausgeführt wird, vergeht noch manches Jahr.

Wäre es da nicht richtig, wenn die Zentralkommission versuchte, für die noch schwebenden Sparten, ebenfalls tarifliche Ausarbeitungen zu schaffen und diese dem Mustertarif anzuschließen. Jeder Ort entnimmt diesem dann dasjenige, was er für sich gebraucht. Geheht den Fall, wir würden in den Schönheider Betrieben tarifliche Einrichtungen vorzunehmen haben, so würden wir in große Verlegenheit kommen. Hieraus haben wir mit überwiegend maschinellen Einrichtungen zu tun. Hier wird, abgesehen von der Holzbearbeitung, die meistens in Lohn ausgeführt wird, nur in Akkord gearbeitet. Infolgedessen genügt der ausgearbeitete Tarif nicht. Für Orte, wo die Löhne- und Handarbeit noch in der alten Form besteht, kann der Mustertarif gelten, aber in vielen Fällen müßte dann auch eine Vorlage für Bohren und Pinselmachen vorliegen.

Man die Akkordpreise. Nach Ansicht von bestehenden Tarifen ist festzustellen, daß die aufgeführten Preise zum großen Teil schon bestehen und zum andern annähernd vorhanden sind. Sie werden für die kleinen und mittleren Orte wie eine Gata Morgana wirken. Und doch wird zweifellos erreicht werden, daß eine Aussprache hierüber stattfindet, wenn es auch noch mancher anstrengender Organisationsarbeit bedarf, um diese Preise zu erreichen, wenn uns nicht inzwischen die technische Entwicklung überholt hat.

Wir stehen heute auf dem Punkt, daß die größeren Orte nicht mehr weiter können, wenn die Hochburgen der Bürstenindustrie Cotenza, Schönheide, Striegen, Reurupin usw. nicht vorerst die Löhne annehmbar verbessern. Wie be-

rechtigt dieses ist, soll folgendes Beispiel beweisen: Der Mustertarif steht für Streuungsbürstchen und Kopfbürsten 2,30 Mk. pro Tausend Loch vor. In Schönheide wird für die feinsten Bürstchen oder Kopfbürste im Betrieb 60 bis 70 Pf. gezahlt, und den Heimarbeitern 35 bis 40 Pf. Welch ein Kontrast! In einem Betrieb sind jetzt Kopfbürsten von Fäber für 25 Pf. pro Tausend Loch im Hause angefertigt worden. Bei solchen Schwindpreisen müssen die auf anständiger Weise haltenden Firmen vollständig unterliegen. Was hier von Schönheide gesagt ist, gilt mehr oder weniger auch für die anderen "billigen" Orte. Jetzt ist eine sächsische Firma, die mit dem Verband tarifliche Verhältnisse vereinbart hat, dazu übergegangen, in Schönheide für 85 Pf. Heimarbeit machen zu lassen. Eine nordwestdeutsche Firma betreibt dies schon seit einer Reihe von Jahren.

Der Mustertarif, man mag sich zu demselben stellen wie man will, bietet für unsere Kollegen die beste Gelegenheit, Betrachtungen über die örtlichen Verhältnisse anzustellen. Es wäre auch am Platze gewesen, diesen Tarif der Konferenz vorzulegen; diese hätte nach meinem Dafürhalten ein anderes Bild erhalten. Die Berufscollegen werden und müssen ihr möglichstes tun, bei kommenden Lohnbewegungen an Hand des Tarifes annehmbare Akkordpreise herauszuholen, und die Zentralkommission wird auch bemüht sein müssen, den Mustertarif für die nichterwähnten Sparten auszubauen.

Heinrich Richarz - Schönheide.

Zur Knopfmacherkonferenz.

Dem Wunsche auf Abhaltung einer Knopfmacherkonferenz möchte auch ich mich anschließen. Die Konferenz im Jahre 1907 in Leipzig hatte den einen Vorteil, die Kollegen der in Frage kommenden Orte zunächst einmal näher zu bringen und die Verhältnisse, wie sie seinerzeit vorherrschten, besser kennen zu lernen. Da nun nächstes Jahr im Mai unsere im Jahre 1911 abgeschlossenen Tarifverträge ablaufen, so dürfte es für alle in Betracht kommenden Orte von großem Vorteil sein, wenn etwas Einheitliches geschaffen würde. Man hört doch von den Fabrikanten so oft, in diesem und jenem Orte werden die Knöpfe billiger gearbeitet, sie könnten deshalb nicht mehr zahlen. Ebenfalls wäre eine Regelung der Galalitharbeit erwünscht, da hier in Frankenhausen dieser Artikel erst nach Abschluß der Verträge eingeführt wurde. Soviel mir bekannt ist, wird in Gardelegen nur Akkordarbeit gemacht in der Galalithbranche, wohingegen hier Lohnarbeit in diesem Fache vorherrscht. Es wäre einmal zu untersuchen, welche Lohnform für genannten Artikel am vorteilhaftesten ist. Denn hier herrscht zum allergrößten Teil in der Perlmutterbranche die Akkordarbeit vor, welche auch im letzten Kampfe in den Vordergrund trat. Hier wird noch 50 und 60 Stunden gearbeitet, auch besteht hier in einigen Fabriken das verwerfliche System, daß die Knöpfe von den Fabrikanten gewogen werden, und so der Arbeiter gar nicht in der Lage ist, sein Pensum festzustellen, was er tagsüber geleistet hat. Ferner wäre auch einmal festzustellen, wo und inwieweit die gefürchteten Trocasknöpfe hergestellt werden. Dieser Artikel ist nach Meinung der Fabrikanten der Untergrund des Gewerbes. Es würde sich empfehlen, Erhebungen dieserhalb anzustellen. Setzt, wo die Maschine ihren Einzug

in so großem Maßstabe in der Knopfbranche gehalten hat, wäre eine gründliche und für alle Knopfarbeiter angebrachte Aussprache in dieser Hinsicht sehr erwünscht.

Friedr. Gerhardt, Frankenhausen a. S.

Literarisches.

Die nachbenannten Werte können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2, bezogen werden.

Die Heiterkeit. Eine humoristische Erzählung von Otto Lubwig ist soeben als neuester Band der "Vorwärts-Bibliothek" erschienen. Der Preis beträgt gebunden 1 Mk. Dr. Franz Diederich hat für das Buch eine Einleitung geschrieben, in welcher er zum Schluß heißt: Ein gutes Dichterwerk ist eine Schule des Lebens. Es ist ganz etwas anderes und unvergleichlich viel mehr als eine bloß zeitvertreibende Unterhaltung für müßige Stunden. Die geht vorüber, ohne wertvolle Spuren zu hinterlassen. Ein Dichterverk aber erweitert das Leben, klärt und festigt. Und deshalb gehört die Heiterkeit zu den Büchern, die immer mehr Liebhaber des gesunden Volkes werden und die man von Jugend auf lesen muß. Man möchte vor allem wünschen: keine Mädchenjugend sollte ohne dieses Buch vergehen.

Wir Volksschullehrer und die Sozialdemokratie. Ein Volksschullehrer wendet sich hier an seine Amtskollegen. Diese, im Verlage der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H. erschienene Schrift ist nicht allein für die Lehrer, sondern auch für jeden Lesenden, der sich für Erziehungs- und Schulfragen interessiert. Der Preis beträgt 30 Pf., eine besser ausgestattete Ausgabe kostet 1 Mk.

Du und dein Kind. Unter diesem Titel gibt Otto Rühle im Verlage der Buchhandlung der "Völkischen Volkszeitung" einige Hefte heraus, die sich mit Erziehungsfragen beschäftigen. Das vorliegende erste Heft der Serie ist betitelt "Das fragende Kind" und kostet 15 Pf.

Briefkasten.

* Infolge Raummangels mußten einige Einsendungen, darunter Korrespondenzen aus Sonneberg und Straßburg für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

Allgemeine Kranken- und Sterbeliste der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen.

Im Mai sandten Ueberschüsse ein: Burgtheide und Fährich je 200 Mk., Saan 150 Mk., Hamburg I 120 Mk., Halle 80 Mk., Hadersleben und Werben je 50 Mk. Summa 880 Mk. Zufuß erhielten: Hamburg II 400 Mk., Offenbach und Berlin A 300 Mk., Wald 250 Mk., Bergedorf und Bürgel je 200 Mk., Leipzig 175 Mk., Ochshausen und Kiel je 100 Mk., Altenburg 70 Mk., Regnitz, Bilsle und Freiburg je 50 Mk., Quisburg 30 Mk. Summa 2275 Mk. Jul. Maßmann, Hauptkassierer, Hamburg 31, Schwandestr. 37.

Arbeitslosigkeit im Monat Mai 1914.

Table with columns for location (Gau), date, and employment statistics (Arbeitslose Mitglieder am Orte, Unterstützung haben erhalten, etc.).

Table showing monthly employment statistics for May 1914, including total unemployed members and those receiving support.

Nachstehend angeführten Zahlen wurde ein Bericht nicht eingesandt: Ruß, Treptow a. Rega - Templin - Reuenburg - Dersfeld - Frankenberg (Sachsen-Maschau), Mühlheim a. M. - Malen.

Zur besseren Uebersicht über den unterschiedlichen Umfang der Arbeitslosigkeit fügen wir noch folgende Vergleichszahlen bei:

Table comparing unemployment statistics for various months from 1909 to 1914, showing trends in the number of unemployed members.

Versammlungs-Anzeigen.

Frankfurt a. M. Sektion der Wagner. Samstag, den 27. Juni, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Eingang Stolze. 15 I, II. Saal B.

Anzeigen.

Wbbln. Der Arbeitsnachweis befindet sich Brauhausgasse 11, pl. Umschauen streng verboten.

Güth. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Büro, Stieghausstr. 24, I. Geöffnet von 11-1 und 5-7 Uhr. Samstag von 9 Uhr morgens bis 3 Uhr nachmittags, Sonntag geschlossen. Das Umschauen ist strengstens verboten. Von auswärtig in Arbeit tretende Kollegen haben zuvor im Büro Erlaubnis einzuholen.

Galle a. S. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich Sara 42/44. Die Arbeitsvermittlung erfolgt vormittags 11 1/2 Uhr. Umschauen und schriftliche Anfragen sind nicht gestattet. Die Benutzung des städtischen Arbeitsnachweises ist streng untersagt.

Blm. Der Arbeitsnachweis der Mobelfachreiner befindet sich im Volkshaus, Geveckstraße 109, im Verbandsbureau. Umstellen suchenden Kollegen haben sich dort zu melden. Umschauen ist verboten, ebenfalls das schriftliche Auftragen bei den Unternehmern. Auf dem Verbandsbureau sind Auskünfte über die Lohn- und Arbeitsbedingungen eingeholen. Auch die vorherige Benutzung eines anderen Arbeitsnachweises ist nicht gestattet. Das Bureau ist geöffnet: von 9 1/2-10 1/2 Uhr vormittags, von 12-1 Uhr mittags, und von 5-7 Uhr nachmittags.

Radeburg, Sachsen. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, sollen zuvor unter allen Umständen Auskunft einholen bei dem Bevollmächtigten Hugo Ehrhardt, Karolinenstr. 109, und bei Ernst Körner, Restaurant zur guten Quelle, Meißnerstr. 115. Letzterer zahlt die Reiseunterstützung. Umschauen ist strengstens untersagt.

Smerin i. Meckl. Der Arbeitsnachweis befindet sich für alle Branchen bei Böhn. Gr. Mohr 19. Geöffnet abends 6 1/2-7 Uhr. Morgens von 9 1/2-10 Uhr Kontrollzeit. Die Kollegen dürfen nur durch unseren Nachweis in Arbeit treten. Umschauen ist streng verboten.

Walldorf i. S. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, werden ersucht, sich zuvor um Auskunft an unseren Bevollmächtigten zu wenden. Umschauen ist verboten.

Aug. Hauber, Pinselmacher aus Groß-Sachsenbrunn, Buchn. 403/107 sollte sich wegen verschiedener Vergehen in der Zahlstelle Pforzheim verantworten, er ist aber von hier aus für uns verschunden. Die Kollegen werden vor ihm nachdrücklich gewarnt und gebeten, seine Adresse zu senden an W. Schwab, Pforzheim, Dörslestr. 17.

Paul Stettefeld, Tischler, Buchn. 653/268, wird ersucht, seiner Verpflichtung in der Zahlstelle Grünstadt, Pfalz, nachzukommen. Kollegen, die seinen Aufenthalt wissen, wollen die Adresse senden an Georg Worn, Luitpoldplatz 3.

Herm. Wielandt, Tischler aus Friedland, Schles., wird ersucht, seine Adresse zu senden an Gottfr. Braun, Grünstadt, Pfalz, Wehl. Graben 6. Auch die Koll. werden um dessen Adresse gebeten.

Das Mitgliedsbuch Nr. 518 427 lautet auf den Namen Adam Schmitt, Tischler, geb. 25. 6. 89 zu Weisbach, ist in Mannheim geklaut worden. Falls versucht wird, auf das Buch Unterschrift zu erheben, wird gebeten, den Vorzeiger verhaften zu lassen. Das Buch ist an den Verbandsvorsitzenden einzusenden. Berlin SO. 16, Am Kölln. Part 2.

Otto Bleichert, Modelltischler, Buchn. 699/361, geboren zu Altdorf, wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen in der Zahlstelle Seimstedt gegenüber nachzukommen. Kollegen, welche seinen Aufenthalt wissen, werden ersucht, seine Adresse uns mitzuteilen. Fr. Panitz, Seimstedt, Rarstr. 9.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Zahlstelle Nordhausen

Fest

des 25jähr. Bestehens der Zahlstelle

Festprogramm:
Sonntag, den 4. Juli, abends 8 Uhr
Festkommers in den Räumen des
„Restaurant Heider“, Kornmarkt.

Sonntag, den 5. Juli, nachmittags 3 Uhr
Konzert der Stadtkapelle im Garten
des Etablissements „Zur Hoffnung“.
Befestigungen für Jung und Alt.

Abends 8 Uhr: Großer Festball
in d. Räumen d. Etablissement „Zur Hoffnung“.
Zu dieser Veranstaltung ladet freundlichst ein
Die Verwaltung.

Junger Mann u. Möbeltischler gesucht.
G. Koch, Tischlermeister, Bäckerstr.,
Post Niebich, Schleswig.

Tüchtige Tischler auf Einfarbeiten und
Anschlagger stellt sofort, auch auf Abford.,
für dauernd ein.
Gebr. Hoppe, Dampfzählerfabrik,
Kassenburg, Ostpr.

Wegen Vergrößerung und Betriebes suchen
wir für sofort 5 tüchtige Stuhlbohrer für
bessere Stühle. Dauernde Arbeit.
Fenzlin & Co., Stuhlbohrfabrik,
Holzwinden a. Weser.

Tischler, lat., als Teilhaber gesucht.
Einlage 3 bis 5 Tausend Mark. Eigene
Werkst. u. Maschinen, reichliche Aufträge.
Off. unter L. N. 37 an die Exp. die. Ztg.

2 tüchtige Tischler u. 2 Polierer gesucht
von der Zahlstelle Bremen, Bogel, Wehstr. 5.
Otto Kutzmann.

15 tücht. Tischler für neu eingerichtete
Zählerfabrik können sich einfinden. Dauernde
Arbeit.
Adolf Reumann,
Zählerfabrik u. Holzbearbeitungsfabrik
Ortelshagen, Ostpr.

Einige gesunde Tischler u. Polierer f. dauernde
Beschäftigung gesucht.
Heint. Späth, Stadthof i. Berl.

Ältere tücht. Tischler auf bessere furnierte
eigene Schlafzimmern finden Stellung bei
Möbelfabrik
Adolf Gebhardt, Northelm (Hann.).

Holzbohrer auf Fußbetrieb sucht
H. Rohnen, Neustadter, Prov. Hannover.
Tüchtiger Holzbohrer findet dauernde
Arbeit bei F. Hennig, Mech. Drechslererei,
Bretton, Westf.

**Geübte Galalith-Dreher
auf Patentstifte**
für dauernde Arbeit bei gutem Lohn per
Sofort gesucht. Angebote erb. an Heidelberger
Fechterfabrik, Koch, Weber & Co.,
Heidelberg, Baden.

Einen Stellmachergesellen sucht zu Sogleich
für dauernde Arbeit.
Wih. Bente, Bärwalde i. Pomm.,
Neustettinerstr. 78.

5 bis 6 Korbmacher, sowie Mattarbeiter,
auf gelbe Packkörbe können noch sofort od.
später bei guten Allordlöhnen bei mir an-
fangen. Sortiertes Material. Neue Werk-
statträume. Peter Wiesner, Korbfabrik,
Groß-Umstadt, Hessen, Kr. Offenbach a. M.

Suche 2 Korbmacher auf Ortingeschlagen
und Mattarbeit, auch etwas Reparatur.
E. Schröder,
Rostod, Mecklb., Wolkenstr. 31.

Korbmacher auf Mattarbeit für dauernd
gesucht. Hellmuth Boh, Wolgast i. Pomm.
Einen Korbmachergehilfen auf Reifkörbe
für bald gesucht.
Ed. Heide,
Reife, Schles., Wilhelmstr. 45.

2 tüchtige Gestellarbeiter auf bessere Roh-
möbel gesucht. Nur solche wollen sich melden,
die schon längere Zeit darauf gearbeitet
haben. Die Stellung ist dauernd.
Dithmarscher Rohmöbelwerkstatt
Wih. Gad, Reiderhof, Holst.

Mehrere tüchtige Korbmacher auf Bestell-
u. Peddigrohr-Arbeit finden sofort dauernde
Beschäftigung bei Korbwarenfabrik
Richard Thiem, Corbetha-Bahnhof.

2 Korbmacher auf Weiß- und Grün-
geschlagen bei dauernder Arbeit gesucht.
E. Walz, Gardelegen (Altmark).

10 Korbmacher, die auf Peddigrohrmöbel
gut eingearbeitet sind, suchen per sofort
Boden & Koch, Dresdener Rohmöbelfabrik
Dresden-N., Kaiserstr. 3.

Ein Korbmacher
auf Mattarbeit gesucht.
J. Reese, Cranz a. Elbe.

Sofort tüchtiger Korbmacher, nicht unter
25 Jahren, auf geschlagene Arbeit u. Repa-
ratur gesucht.
Fr. Rosenthal,
Celle, Am Brandplatz 2.

Bürstenmacher für Einziehen, Mischen u.
Rechen gesucht. Kann auch ein älterer sein.
F. Küplich, Altleben b. Bernburg
Bürstenfabrikant.

2 Paßer und Zurichter
finden dauernde Beschäftigung.
Bürsten- und Pinsel-Fabrik Johs. Gröll,
Königsberg i. Pr., Fuchsberger Allee 104.

Tüchtiger Zu- und Handrundschneider für
dauernde Beschäftigung gesucht.
G. Doranusch, Korkefabrik, Bonn.

Günstige Gelegenheit
zum Selbständigmachen für Tischler!
Ich beabsichtige, mein in bester Lage der
Stadt Schleswig belegenes Haus mit großem
Garten, geräumiger Werkstätte, Motor und
etwas Werkzeug bei geringer Anzahlung
sofort billig unter der Hand zu verkaufen.
Nähere Auskunft erteilt
Emil Pöschel, Heide (Holstern).

Tischlerei und Sarg-Magazin
ist wegen Grundstücks-Übernahme sofort zu
verkaufen.
Karl Meier,
Schwedt a. Oder, Viehmarktstr. 18.

Soeben ist erschienen:
**Die Lage der Arbeiter
im Drechslergewerbe**
Ergebnisse einer statistisch. Erhebung
vom November 1912
Herausgegeben vom Vorstand des
Deutschen Holzarbeiter-Verbandes
48 Seiten. Preis 1 Mk.

Vorzugspreis für die Mitglieder
des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes
10 Pf.

Bestellungen sind an die Zahlstellen-
verwaltungen zu richten.
Verlagsanstalt des
Deutschen Holzarbeiter-Verbandes
G. m. b. H. = Berlin SO. 16, Am Kölln. Park 2.

Stellmacherei mit Maschinen, wegen
Berufswechs. veräußert.
Hermendorf b. Berlin, Berliner Str. 137.

Moderne Büromöbel
kräftige, solide Konstruktion
unter Verwendung bester
Materialien
liefert die
Rheinisch-westfälische Holz-
industrie G. m. b. H., Dortmund
Feinste Referenzen aus Partei-
und Gewerkschaftskreisen.

Julius Trotbar, Grimma
sendet Ihnen Preisliste seiner Fabrikate:
Kinderwagen, Leiterwagen, Reisekörbe,
Wirtschaftskörbe oder Rohmöbel
je nach Ihrem Bedarf.

**Quillungs-Marken und
Kautschuk-Stempel**
liefert seit 30 Jahren
Joan Holze & Co.
Hamburg, Besenbinderhof 70.

**Wertvoll
für jeden
Holzarbeiter!**
Lehrbuch z. Anfertigung
Photogr. Apparate, 40 S.,
geg. 35 Pf. i. Briefm. vers.
E. Pilz, Leipzig I, Weststr. 60

„Fachblatt für Einrahmer und Vergolder“
Kreuzband-Abonnement (24 Nr.) jährl. 1.-Mk.
Geschäftsstelle d. „Einrahmer und Vergolder“
Stuttgart-Raitental, Württbg.

Demnächst erscheint im Druck das ausführliche
**Protokoll über d. Verhandlungen
des Verbandstages in Dresden.**

Zu beziehen durch alle Lokalverwaltungen.
Preis für Verbandsmitglieder 20 Pf., ge-
bundene Exemplare 50 Pf. Für Einzel-
exemplare wird das Porto mit 20 Pf. extra
berechnet.
Im Buchhandel beträgt der Preis 90 Pf.
für ein broschiertes und 1,20 Mk. für ein ge-
bundenes Exemplar.

Verlagsanstalt des Deutschen
Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H.,
Berlin SO. 16 :: Am Köllischen Park 2.

Kunstgewerbliche Tischlererschule
Blankenburg, H. 2
Programm frei. Direktor Reinsking.

**Tüchtiger Bandsohlenschneider und
Fraisier,**

welcher auf die Erzeugung von Holzspanntischeln auf
eingearbeitet ist und auch auf dieselben bereits maschinell
gearbeitet hat, wird sofort bei dauernder Beschäftigung
aufgenommen. Nur tüchtige selbständige Kräfte wollen
schreiben unter: Erste Wiener Holzschuh-Industrie,
Wien, II, Wolmutzstraße 19.

Billiger Gelegenheitskauf
Schneidemühle, 2 Boll-, 1 Horizontalgatter,
Hobel- und Spundmaschine

Bendel- und Kreisägen, Drehbank, elektr. Lichtanlage, überkomplettes Inventar,
Lohnverbindung zu dem 800 m entfernten Staatsbahnhof, Beamten- u. Familien-
wohnhäuser, große Schuppen und Stallungen, 11 Morgen Lagerplatz, ist wegen
Erbauseinandersehung spottbillig zu verkaufen. Offerten unter 23 an
Hagenstein & Vogler A.-G., Allenstein.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.
Bewaltet vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiterverband.

Wochenbericht vom Sonnabend, 6. Juni bis Freitag, 12. Juni 1914.
A = Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen. B = Offene Arbeitsstellen.
C = Gemeldete Arbeitslose am Schluß der Woche.

Ort	Tischler			Möbeltischler			Mäschinen- arbeiter			Polierer			Drechsler			Sonstige Branchen			Insgesamt		
	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C
Berlin	26	621	90	1309	26	266	30	561	3	70	76	856	251	3683							
Bremen	39	1	72	15	34	10	1	3	5	1	2	1	5	3	6	74	6	118			
Breslau																					
Celle	3			4												1	7	1			
Eilenburg				4		5										1	4	6			
Forst																					
Hamburg																					
Hannover	18		84	4	89	5		5			9		3	6	10	33		200			
Herford																					
Leipzig	27		64	46	242	18		38	12		30	1	5	2	41	106		420			
Lübeck	10		17	3	10			2					1			13		30			
Zusammen	123	1	858	166	1689	59	1	314	47	1	602	4	80	89	3	915	488	64458			
Bor. Woche	96	1	866	144	1693	40	3	315	52		553	3	75	69		894	404	44396			

NE. Unsere Mitglieder sind verpflichtet, nur den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen.

Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes G. m. b. H. in Berlin SO. 16.

Paul Horn
Pollur- und Lackfabrik

Hamburg 23.

Unübertroffen und darum von so großer
Wirkkraft sind meine nach
meiner wasserrechten Peha-Matt, olgenem
Verfahren her- gereinigten Schellack-
gestellten und polituren
hochmodernen Holzbeizen,
die sich durch besondere Farbenpracht auszeichnen
(Eichenbeizen, Albo-Musabeizen, Salmiakbeizen,
Spiritusbeizen, Ambrantbeizen usw.). Mein
neues Polierverfahren hat sich glän-
zend bewährt.
Es ist durch Reichspatente gesetzlich geschützt!

Man erspart Material, Zeit und Arbeit!

Ich versende zum Versuch ein Körbchen, enthaltend:
1 Flasche Peha-Matt
1 " Neutral-Schellackpollur-Extrakt
1 " Patentpollur zum Reinpollieren
1 " allerfeinsten Pollur-Glanzack (blond
1 " Kristall-Lack (blond)
1 " Schleif- und Polieröl (gelblich)
1 Dose Porenpulver Mon-Ak (nußbaum)
1 " Marmor-Mona (mahagoni)
1 " Bimsstein-Poller-Pulver (hellrot)
1 Tube Inkrustationskit, blond (zum Auskiten
schadhafter Holzstellen)
1 Stück Korik-Schleifklotz (120 x 75 x 30 mm)

Bei Bestellungen genügt die Angabe: 1 Versuch-
kollo zum Polieren zu 8 Mk., frk. inkl. Emballage.

Tischlerfachschule JImenau
Fach- und Handels-Unterricht
Meisterprüfung - gründlich und schnell
Direktion: Architekt Kallisen.

**Süddeutsche
Schreiner-Fachschule**
Erstkl. techn. u. kunstgewerbli. | Nürnberg.
Lehrausstatt m. Handelskursen. | Man verläng.
Größe und anerkannt beste Privat- | schule der Branche. - Im 8. Schuljahr
schule der Branche. - In 8. Schuljahr | erzielten 69 Schüler Stellung. | Beweise u.
erhalten 69 Schüler Stellung. | Prospekte.

Kunstgew. Tischler-Fachschule Cöthen
Erste deutsche Holz- und Poliermeister-Schule.
Spezialkurse für alle Betriebsbeamten.
Programm kostenlos durch die Direktion.

**Tischlerfachschule
Detmold** gegr. 1868
Älteste u. leistungsfähigste Schule
Gründl. u. gewissenh. Ausbild. in allen techn. u.
kalk. Fächern. - Erstkl. Handelslehranstalt
Kostenlos Auskunft d. d. Sekretariat
Städtisches Schulgebäude.